

31 a
V 6458 E



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 9

September 1971

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Grafik des Monats: Haushaltsplanungen 1971

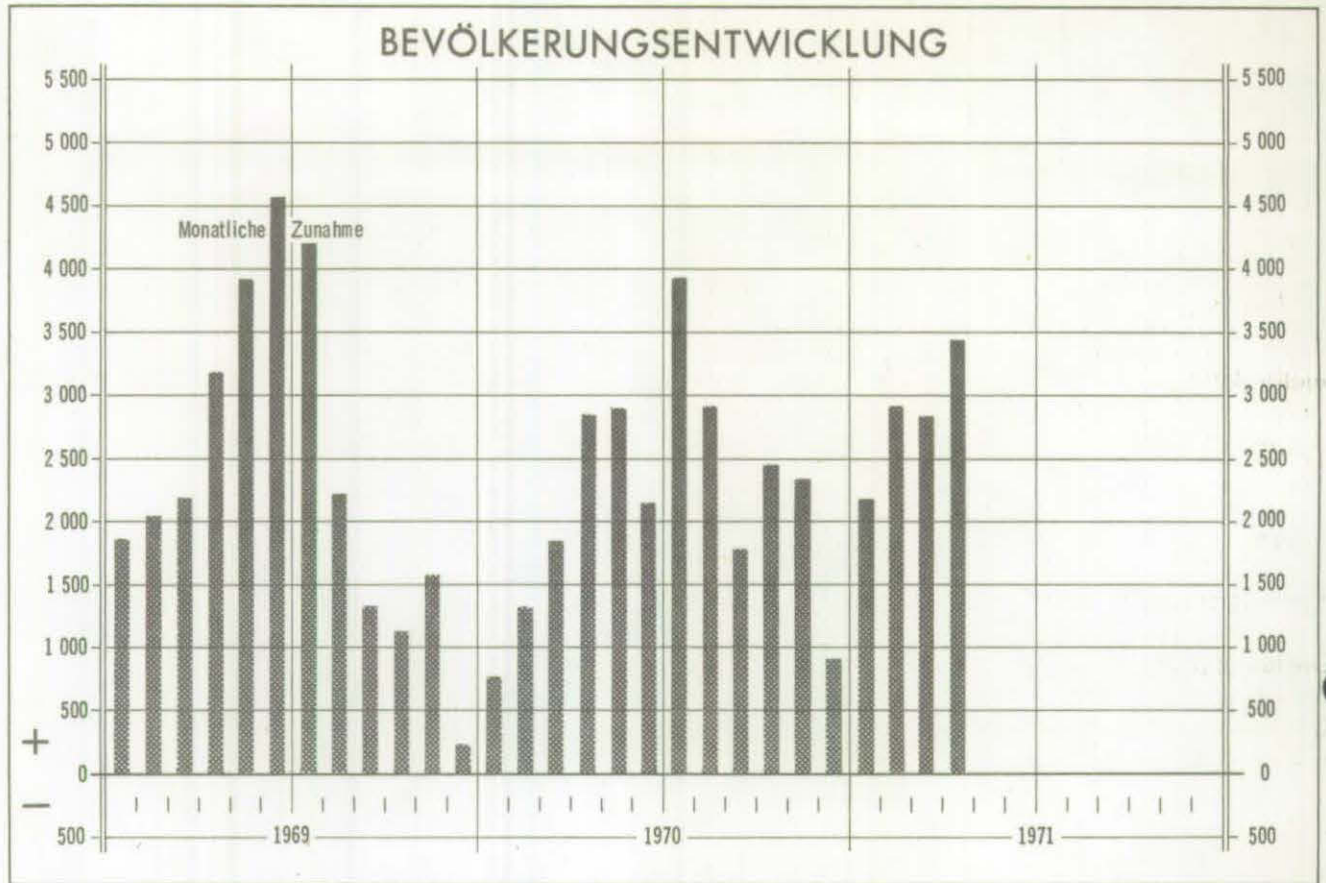
Aufsätze: Milchviehhaltung
Kommunale Haushaltsplanung
Fremdenverkehr (Teil 2)
Einkommens- und Verbrauchsstichproben

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D - 4231



INHALT 9/71

	Seite
Aktuelle Auslese	161
Aus dem Inhalt	162
 Aufsätze	
Veränderungen in der Milchviehhaltung .	163—166
Die kommunalen Haushaltsplanungen 1971	167—176
Der Fremdenverkehr 1969/70 und seine Entwicklung ab 1951 (Teil 2) . .	176—181
Einkommens- und Verbrauchsstichproben	181—184
 Grafik des Monats	
Grafik des Monats	172—173
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) . . .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 3/1971

Urlaub in Schleswig-Holstein
Unfälle mit Todesfolge
Handelsdünger
Investitionen Handwerk 1967
Gemeindefinanzreform 1970

Heft 4/1971

Geburtenrückgang
Lohnsteuer 1968
Nord-Ostsee-Kanal
Binnenschifffahrt 1968
Vermögensmillionäre 1969

Heft 5/6 — 1971

Sicherheit der Bundesstraßen
Landtagswahl 1971
Soziale Herkunft der Schüler

Heft 7/1971

Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 1)
Landtagswahl 1971 regional
Fremdenverkehr (Teil 1)
Wohnverhältnisse und Alter

Heft 8/1971

Abiturienten
Wahlverhalten 1971
Alten- und Pflegeheime
Boden- und Kommunalkredite
Viehwirtschaft
Anbau und Ernteaussichten



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 9

September 1971

Aktuelle Auslese



Erste vorläufige Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970

In den vier kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins gab es am 27. 5. 1970 gut ein Fünftel weniger Arbeitsstätten als vor neun Jahren:

	6.6.1961 27.5.1970		Veränderung	
	(gleicher Gebietsstand)		absolut	in %
Flensburg	4 067	3 109	- 958	- 23,6
Kiel	10 478	7 827	- 2 651	- 25,3
Lübeck	9 523	7 775	- 1 748	- 18,4
Neumünster	3 223	2 545	- 678	- 21,0
Kreisfreie Städte	27 291	21 256	- 6 035	- 22,1

Die Zahl der tätigen Personen hat in diesem Zeitraum um 1,5 % zugenommen:

	6.6.1961 27.5.1970		Veränderung	
	(gleicher Gebietsstand)		absolut	in %
Flensburg	41 341	45 017	+ 3 676	+ 8,9
Kiel	131 903	129 469	- 2 434	- 1,8
Lübeck	104 946	106 688	+ 1 742	+ 1,7
Neumünster	35 476	37 117	+ 1 641	+ 4,6
Kreisfreie Städte	313 666	318 291	+ 4 625	+ 1,5

Im Handel hat sowohl die Zahl der Arbeitsstätten als auch die der tätigen Personen besonders stark abgenommen. Auch im Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe war der Rückgang an Arbeitsstätten und Beschäftigten beträchtlich.

In Schleswig-Holstein insgesamt hat sich die Zahl der Arbeitsstätten im Zeitraum 1961 bis 1970 um etwa 15 % auf rund 86 000 vermindert.



Große Getreide- und Rapsernte zu erwarten

Die Getreideernte in Schleswig-Holstein wird 1971 nach den vorläufigen Ergebnissen der Erntermittlung etwa 1,61 Mill. t

betragen. Das sind 262 000 t (19 %) mehr als im Vorjahr und etwa gleich viel wie im Jahre 1968. Nach Auswertung letzter Ergebnisse kann die Ernte von 1968 sogar noch etwas übertroffen werden. Von der erwarteten Gesamternte entfallen 744 000 t auf Brotgetreidearten und 868 000 t auf Futtergetreidearten.

Die Rapsernte (einschl. Rübsen) wird infolge nochmaliger Anbauausdehnung um 6 % und erheblich höherer Hektarerträge gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich 122 000 t bis 125 000 t betragen und damit einen Höchststand erreichen. Die Vorjahresernte wird um mehr als 15 000 t übertroffen.



Verurteilte des Jahres 1970

Die ordentlichen Strafgerichte Schleswig-Holsteins verurteilten 1970 22 900 Personen, und zwar 10 200 wegen eines Straßenverkehrsvergehens und 12 600 sonstiger Delikte wegen. Die Verurteilungen wegen eines Straßenverkehrsdelikts stiegen gegenüber dem Vorjahr um 400 an, während die Zahl der Verurteilungen wegen eines anderen Delikts unverändert blieb.

Nach allgemeinem Strafrecht wurden 17 800 Erwachsene und 900 18- bis 20jährige Heranwachsende verurteilt, nach dem Jugendstrafrecht 1 900 Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren und 2 300 Heranwachsende.

Die häufigsten Delikte außerhalb des Straßenverkehrs waren Diebstahl und Unterschlagung mit 5 400, Betrug und Untreue mit 1 200 und Körperverletzung mit 1 100 Verurteilten.

19 500 Personen wurden nach Paragraphen des Strafgesetzbuches, 1 700 nach Vorschriften des Straßenverkehrsgesetzes, 400 nach dem Wehrstrafgesetz verurteilt. Auf die übrigen wurden sonstige Bundes- und Landesgesetze angewendet.

Aus dem Inhalt

Milchviehhaltung

Seite 163

Die Milchviehhaltung besitzt ökonomisch ein großes Gewicht: 26 % des Werts der landwirtschaftlichen Produktion entfielen auf die Milch. Wegen der Überproduktion innerhalb der EWG wurden Prämien auf die Abschachtung von Milchkühen gewährt. Der Kuhbestand in Schleswig-Holstein ist in den letzten beiden Jahren um 30 000 gesunken, aber durchaus nicht regional gleichmäßig. Stark waren die Einschränkungen in Angeln, in Nordoldenburg/Fehmarn und im südöstlichen Hügelland, im Westen dagegen haben die Bestände zugenommen. Hier bestehen Zusammenhänge mit der Betriebsgrößenklassenstruktur und dem Futterbauanteil. Im Anteil der großen Kuhhaltungen übertrifft unser Land die übrigen Bundesländer bei weitem.

Kommunale Haushaltsplanung

Seite 167

Die Planung der Haushaltsansätze 1971 der Gemeinden war durch eine ungünstige finanzielle Ausgangslage und durch eine unübersichtliche konjunkturelle Situation erschwert. Für die Gesamtausgaben wurden deshalb nur bescheidene Zuwachsraten angesetzt, im Mittel + 3,6 %, darunter die kreisfreien Städte nur + 0,6 %, dafür die übrigen Gemeinden + 4,3 % und die Kreise + 6,4 %. Hauptquelle der laufenden Eigeneinnahmen sind die Steuern, die sich 1970 im Mittel der kommunalen Gebietskörperschaften auf 230 DM je Einwohner beliefen. Eine wichtige Rolle für die Deckung der laufenden Aufwendungen spielen die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten. Ferner sind die Zuweisungen vom Land von entscheidender Bedeutung, unter denen die Schlüsselzuweisungen mit 70 % das meiste ausmachen. Sechs Zehntel aller Ausgaben sind vermögensunwirksam, vier Zehntel werden allein für die Personalkosten verbraucht. Der Saldo der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Haushalts bleibt, wenn er sich auch leicht verbessert hat, bei allen Gebietskörperschaften sehr klein, damit ist der Spielraum für Investitionen eng begrenzt. Die 875 Mill. DM vermögenswirksamer Einnahmen erwarten die Gemeinden und Gemeindeverbände vom Kreditmarkt, als Zuschüsse von Land und Bund, aus dem eigenen Überschuß des laufenden Haushalts (je etwa ein Drittel) und aus den Rücklagen. Für unmittelbare Investitionen sind 1971 1,1 Mrd. DM veranschlagt, das sind 35 % aller Ausgaben. 63 % davon sind Baumaßnahmen. Ihr Schwerpunkt liegt mit über einem Drittel beim Straßenbau. Die Zuwachsrate der Bauinvestitionen 1971 ist mit 1 % sehr gering.

Fremdenverkehr (Teil 2)

Seite 176

Im Fremdenverkehrsjahr 1970 wurden in Schleswig-Holstein 2,3 Mill. Gäste und 18,1 Mill. Übernachtungen gezählt. Letztere teilen sich etwa gleichmäßig in gewerbliche und private Übernachtungen, während die Zahl der Gäste im privaten Sektor nur gut ein Viertel der Gesamtzahl ausmacht. Im Berichtsjahr hatten die Hotels – innerhalb der gewerblichen Übernachtungen – einen Anteil von 36 %, die Gasthäuser 4 %; den größten Anteil konnten die Pensionen für sich buchen (41 %), die restlichen 20 % fielen auf Erholungs- und Ferienheime (12 %) und Heilstätten und Sanatorien (8 %). Räumlich ist der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein stark auf die Küstengebiete konzentriert; je etwa vier Zehntel aller Übernachtungen liegen in den Nord- und Ostseebädern. Sylt hat fast die Hälfte aller Nordsee-Übernachtungen aufzuweisen, die Lübecker Bucht von Travemünde bis Dahme sogar 70 % der Ostsee-Übernachtungen. Folgerichtig erreichten die Seebäder 80 % aller Übernachtungen, die Luftkur- und Erholungsorte 7 %, die Heilbäder 4 %, die Großstädte 3 % und die restlichen Berichtsgemeinden 5 %. In den letzten beiden Jahren hat sich die Zahl der Übernachtungen nicht in allen Gemeinden erhöht, einige mußten einen Rückgang hinnehmen. Innerhalb des Jahres konzentriert sich der Fremdenverkehr stark auf die Sommermonate Juni bis September, die 86 % (Nordsee) und sogar 92 % (Ostsee) der Jahres-Übernachtungszahl auf sich vereinten.

Seite 181

Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Die 1969/70 durchgeführte Statistik hatte 1962/63 einen gleichartigen Vorläufer. Diese Erhebungen gehen auf Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte zurück, die es seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts gibt, zunächst als Einzelerhebungen, nach dem 2. Weltkrieg auch als laufende Ermittlungen. Dem sowohl sozial- als auch wirtschaftspolitischen Zweck der Erhebung dient ein zweigleisiges Verfahren, das die exakte Erfassung der Marktentnahme des Haushalts mit Aufzeichnungen über seinen Verbrauch verbindet. Auch die Vermögensbestände werden festgestellt, so daß es möglich wird, die Vermögensverteilung in der Gesellschaft und ihre Entwicklung zu durchleuchten. Damit erweitert sich die Indikation dieser Statistik auf die Gesellschafts- und Vermögenspolitik, obwohl gerade in dieser Hinsicht noch viele Fragen offen bleiben. In kommenden Heften werden Auszüge aus den Bundesergebnissen veröffentlicht werden.

Veränderungen in der Milchviehhaltung

Der Wert der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Produktion betrug nach Berechnungen des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Wirtschaftsjahr 1969/70 rund 3,23 Milliarden DM. Davon entfielen rund 40% auf Erzeugnisse der Rindviehhaltung, darunter allein 26% auf die Milch. Diese wenigen Zahlen zeigen, daß die Rindvieh- und speziell die Milchviehhaltung ein großes ökonomisches Gewicht für die meisten landwirtschaftlichen Betriebe besitzt. In der jüngsten Vergangenheit waren die Schwierigkeiten auf dem europäischen Milchmarkt Ausgangspunkt agrarpolitischer Vorschläge und Maßnahmen der EWG zur Einschränkung der Milchviehhaltung: Es wurden Prämien für die Abschachtung der Milchkühe oder für eine Umstellung auf Rindermast gewährt. Inzwischen ist es stiller geworden um die Butterberge. Nach den neuesten Viehzählungsergebnissen sind im Land 20 000 Kühe weniger vorhanden als vor Jahresfrist, und damals waren bereits 10 000 Tiere weniger vorhanden als ein weiteres Jahr davor. Die Entwicklung ist aber nicht überall gleichmäßig verlaufen, und die regionalen Veränderungen beschränken sich nicht nur auf das letzte Jahr. Aus den Viehzählungsergebnissen der Vergangenheit zeichnen sich bedeutende langfristige Entwicklungslinien ab.

Nach Kriegsende - im Jahre 1950 - wurden in Schleswig-Holstein knapp 460 000 Kühe gehalten. Bald darauf sank diese Zahl im Zuge der Tbc-Sanierung bis auf rund 425 000 Tiere im Jahre 1958 ab. Doch bereits 1960 war der Ausgangsbestand wieder erreicht. 1962 waren es dann fast 480 000 Kühe und nach kurzem Stillstand waren 1965 die 500 000 überschritten. Mit fast 519 000 Tieren wurde 1968 der bisherige Höchststand erreicht. Seitdem ging es zunächst langsam, im letzten Jahr aber mit einem Tempo bergab, welches nur mit dem Einschnitt während der Tbc-Sanierung verglichen werden kann.

Innerhalb dieser Gesamtentwicklung zeichnen sich drei Einzelkomponenten ab, die gerade im letzten Jahrzehnt von besonderer Bedeutung waren:

- die Ost-West-Verlagerung
- die Konzentration auf bestimmte Betriebsgrößen
- die Konzentration auf weniger, aber größere Haltungen.

Die Hälfte der Milchkühe steht heute in Geest-Betrieben

Während die Entwicklung bis 1960 zwischen den Regionen weitgehend synchron verlief, ist im abgelaufenen Jahrzehnt eine stärkere regionale Differenzierung zu erkennen, die durch das Stichwort Ost-West-Verlagerung zwar zutreffend aber dennoch unvollkommen charakterisiert wird.



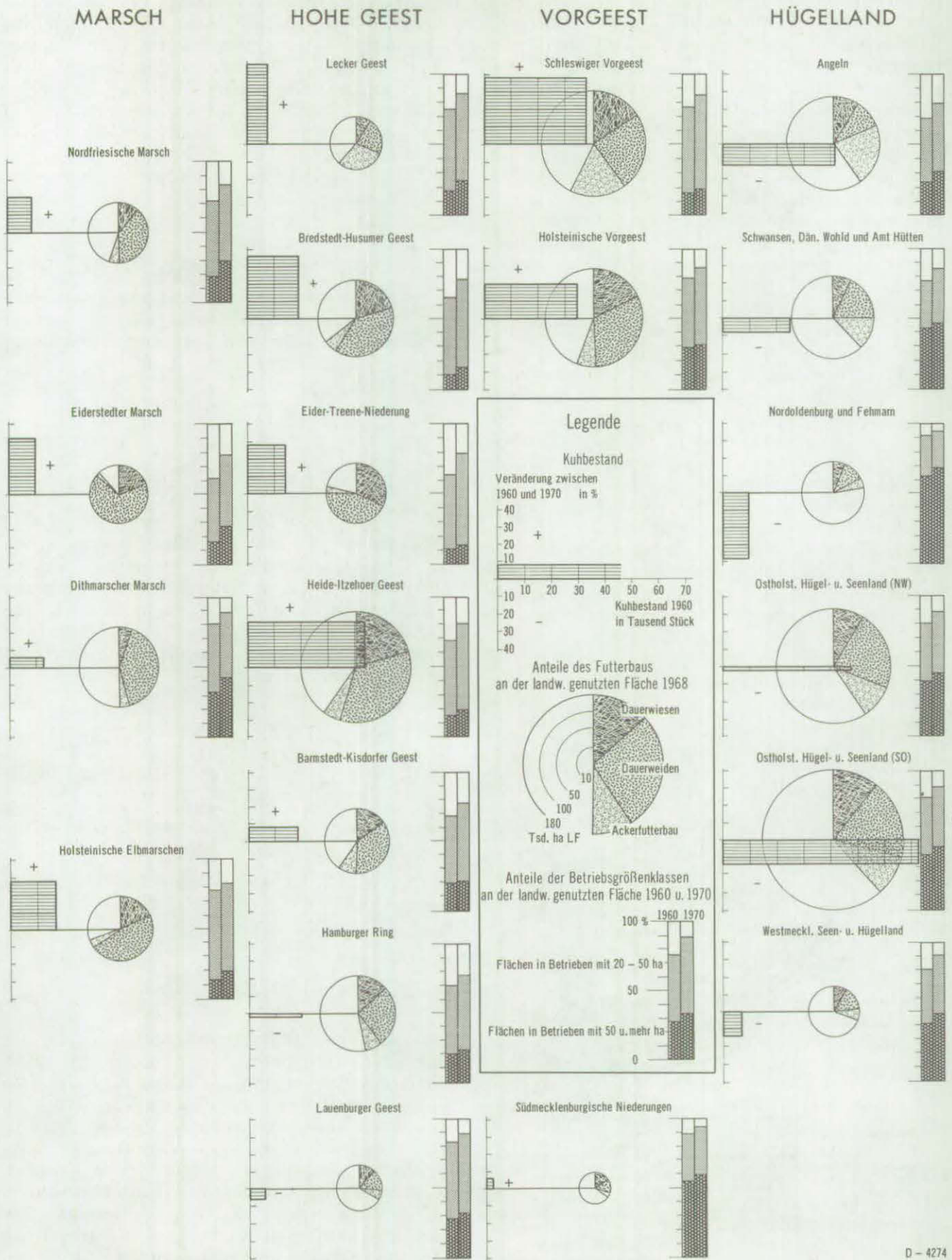
- | | | |
|---|---|---|
| <p>Untere-Niederung</p> <p>671 Holsteinische Elbmarschen</p> <p>Schleswig-Holsteinische Marsch</p> <p>681 Nordfriesische Marschinseln und Halligen</p> <p>682 Nordfriesische Marsch</p> <p>683 Eiderstädter Marsch</p> <p>684 Dithmarscher Marsch</p> | <p>Schleswig-Holsteinische Geest</p> <p>680 Nordfriesische Geestinseln</p> <p>690 Lecker Geest</p> <p>691 Bredstedt-Husumer Geest</p> <p>692 Eider-Treene-Niederung</p> <p>693 Heide-Itzhoer Geest</p> <p>694 Barnstedt-Kisdorfer Geest</p> <p>695 Hamburger Ring</p> <p>696 Lauenburger Geest</p> <p>697 Schleswiger Vorgeest</p> <p>698 Holsteinische Vorgeest</p> | <p>Schleswig-Holsteinisches Hügelland</p> <p>700 Angeln</p> <p>701 Schwansen, Dänischer Wohld u. Amt Hütten</p> <p>702a Ostholsteinisches Hügel- u. Seenland (NW)</p> <p>702b Ostholsteinisches Hügel- u. Seenland (SO)</p> <p>703 Nordoldenburg und Fehmarn</p> <p>Mecklenburgische Seenplatte</p> <p>750 Westmecklenburgisches Seen-Hügelland</p> <p>Südwestliches Vorland der Mecklenburgischen Seenplatte</p> <p>760 Südmecklenburgische Niederungen</p> |
|---|---|---|

Gebiet	Landwirtschaftliche Nutzfläche 1968 ha	Milchkühe			
		1932	1950	1960	1970
Schleswig-Holstein	1 163 900	420 200	458 400	460 000	496 000 ^a
davon entfielen auf die Naturräume in %					
Marsch	14,3	11,8	11,8	11,0	12,4
Hohe Geest	27,9	29,2	28,6	28,5	31,8
Vorgeest	16,4	14,8	15,5	16,3	19,4
Hügelland	41,3	44,3	44,1	44,2	36,3

a) einschließlich Ammen- und Mutterkühe

Hügelland und Hohe Geest hatten durch die Jahrzehnte hindurch stets einen größeren Anteil am Kuhbestand des Landes gehabt, als ihrem Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche entsprach. In der Marsch und auf der Vorgeest waren die Verhältnisse entsprechend umgekehrt. Heute ist auf Hoher Geest und Vorgeest der Anteil am Kuhbestand des Landes höher als der Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Im Hügelland liegt er dagegen nunmehr beträchtlich und

Zusammenhänge zwischen Veränderung der Kuhbestände und Betriebsgrößen sowie den Futterbauanteilen in den Naturräumen 1960-1970



in der Marsch knapp darunter. Damit stehen heute über 50% aller Milchkühe des Landes in Geest-Betrieben.

Die Abbildung zeigt deutlich was geschehen ist: Das südöstliche Hügelland mit seinem großen Gewicht, das traditionelle Milchviehhaltungsgebiet Angelns und das Hochzuchtgebiet Nordoldenburg/Fehmarn zeigen gravierende Einschränkungen der Milchviehhaltung. Dem stehen beträchtliche Zunahmen auf der Geest und in Teilen der Marsch gegenüber, und zwar besonders gewichtig in den traditionellen Aufzuchtgebieten, also auf der Schleswiger Vorgeest und auf der Hohen Geest von der dänischen Grenze bis in den Heide-Itzehoer-Raum. Abgegeben haben die guten Ackerbaustandorte im Osten. Das sind zugleich die Gebiete, in denen auch die größeren Betriebe - also mindestens ab 50 ha - schon ein besonderes Gewicht hatten oder in den letzten Jahren verstärkt bekommen haben. Der Raum Nord-Oldenburg/Fehmarn demonstriert das in ausgeprägter Weise. Die Zunahmen waren dagegen in den Gebieten mit hohem Grünlandanteil besonders groß. In den betreffenden Geest-Gebieten sind zugleich die Getreideerträge erheblich geringer als im Hügelland und schließlich haben dort die ausgesprochen bäuerlichen Betriebe um 30 oder 40 ha das größte Gewicht gehabt und in den letzten Jahren noch verstärkt bekommen. Das Gewicht und die ausgeprägten Zuwachsraten dieser Betriebsgrößen auf der nördlichen Hohen Geest und Schleswiger Vorgeest korrespondieren mit den Zunahmen in der Milchviehhaltung. Die holsteinische Vorgeest hat bei etwa gleichem Umfang des Futterbaus, aber geringerem Gewicht der Betriebe zwischen 20 und 50 ha wesentlich geringere Zunahmen in der Milchviehhaltung als der nördliche Nachbarraum.

In den letzten 1 1/2 Jahren hat der Kuhbestand infolge der staatlichen Abschlacht- und Umstellungsprämien in fast allen Naturräumen des Landes abgenommen. Die Abnahmen waren aber dort besonders stark, wo die Milchviehhaltung auch vorher schon eingeschränkt worden war - besonders drastisch wieder im Raum Nord-Oldenburg/Fehmarn mit 16% Abnahme innerhalb eines Jahres. In den Elbmarschen, der Eider-Treene-Niederung und Heide-Itzehoer-Geest gab es dagegen auch 1970 noch Zunahmen.

Starkes Nord-Süd-Gefälle in der Haltungsstruktur der Bundesländer

In Schleswig-Holstein wurden 1969 fast 60% aller Milchkühe in Betrieben zwischen 20 und 50 ha Größe gehalten, 1959 dagegen entfielen

auf diese damals allerdings schwächere Betriebsgruppe erst 46%. Der Anteil der Betriebe mit 50 und mehr ha, die im letzten Jahrzehnt ebenfalls viel zahlreicher geworden sind, an den Milchkühen ist dagegen bei rund 20% stehengeblieben. Das bedeutet, daß in diesen Betriebsgrößen laufend Kühe abgeschafft worden sind.

Größenklasse nach der LN in ha	Milchkuhalter		Milchkühe	
	1959	1969	1959	1969
Insgesamt	49 600	35 000	441 500	518 000
davon entfielen auf die Größenklassen in %				
bis 10	33,4	19,9	11,6	5,4
10 - 20	26,2	22,6	22,1	16,3
20 - 50	33,6	48,6	46,0	58,4
50 und mehr	6,8	8,9	20,4	19,8

An dieser Stelle lohnt sich ein Blick auf die Verhältnisse in den anderen Bundesländern. Infolge der anderen Ausgangslage in der Betriebsgrößenstruktur stehen sie aus dem Blickwinkel der schleswig-holsteinischen Entwicklung sämtlich hinter dem hier bereits 1959 erreichten Stand, meist sogar weit, zurück.

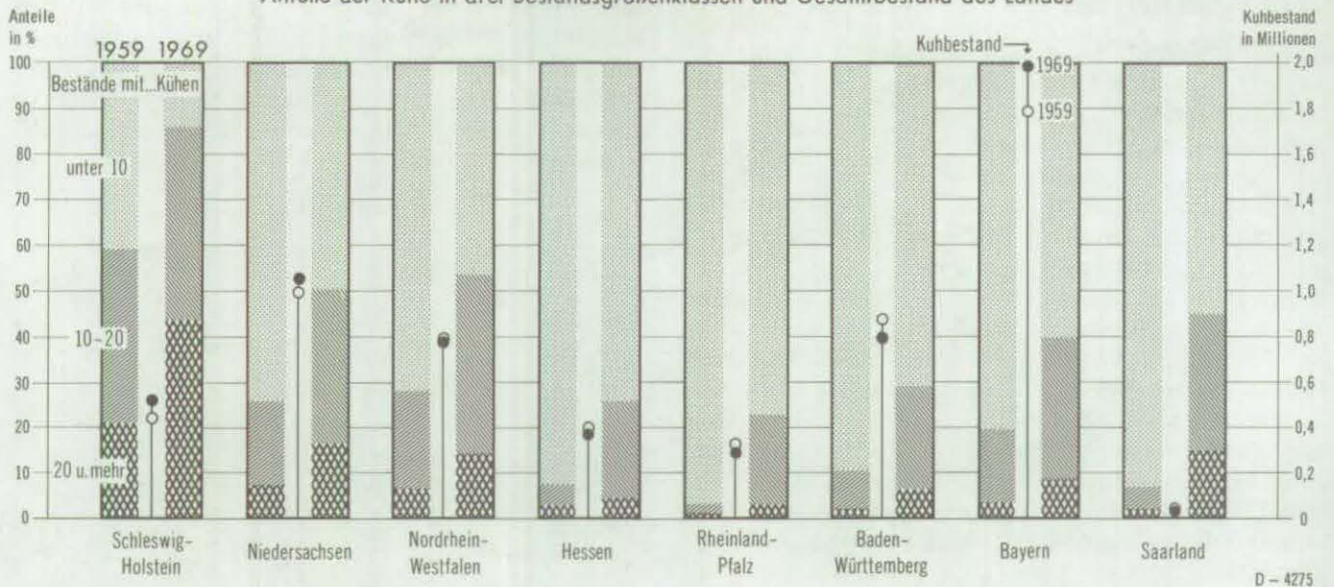
Bundesland	Milchkühe im Dezember 1969	davon standen in Betrieben von ... ha LN				
		bis 10		10-20	20-50	50 und mehr
		Anzahl	%	%		
Schleswig-Holstein	518 000	8,9	5,4	16,3	58,4	19,9
Niedersachsen	1 053 700	18,1	16,2	28,2	44,0	11,7
Nordrhein-Westfalen	779 400	13,4	21,5	34,4	37,8	6,3
Hessen	371 200	6,4	34,1	40,4	22,8	2,7
Rheinland-Pfalz	288 500	4,9	35,9	39,3	23,1	1,7
Baden-Württemberg	798 700	13,7	38,6	41,6	18,6	1,2
Bayern	1 994 800	34,2	32,5	43,1	22,8	1,7
Saarland	30 600	0,5	23,3	23,9	45,5	7,2
Zusammen	5 846 000	100	26,8	36,2	31,4	5,8

In den übrigen Ländern, abgesehen von Niedersachsen und Teilen Nordrhein-Westfalens, liegen die Schwerpunkte der Milchviehhaltung in den Größenklassen, in denen der Nebenerwerb dominiert. Im Gegensatz zu den in Schleswig-Holstein im Vordergrund stehenden Vollerwerbsbetrieben muß dort die Milchviehhaltung das Einkommen der Halter nicht überwiegend erbringen, sondern vielfach nur ergänzen.

Entsprechend anders ist in diesen Ländern auch die Produktionsstruktur, die durch die

Bestandsgrößen der Milchkuhhaltung in den Bundesländern 1959 und 1969

Anteile der Kühe in drei Bestandsgrößenklassen und Gesamtbestand des Landes



D - 4275

Verteilung des Kuhbestandes auf Bestandsgrößenklassen dargestellt werden kann. Die obige Abbildung zeigt, daß im gesamten süddeutschen Raum das Schwergewicht der Milchviehhaltung nach wie vor in Beständen bis 10 Tiere je Haltung liegt. Die Verhältnisse haben sich dort auch bisher nur zögernd gewandelt, wenn man bedenkt, daß zwischen den beiden dargestellten Zeitpunkten immerhin ein ganzes Jahrzehnt gravierender landwirtschaftlicher Veränderungen liegt. In Schleswig-Holstein standen Ende 1969 bereits rund 45% aller Kühe, gegenüber 20% im Jahre 1959, in Beständen von mindestens 20 Tieren, und man kann annehmen, daß heute die 50% für diese Bestandsgröße überschritten sind.

Das Bild zeigt weiter, daß die Milchviehhaltung von 1959 bis 1969 in den marktferneren Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und besonders Bayern ausgedehnt, in der Mitte der Bundesrepublik dagegen eingeschränkt worden ist. Ergänzend hierzu zeigt die abschließende Tabelle die Entwicklung in den Ländern der EWG, allerdings nur für den Zeitraum von 1963 bis 1969, da für die vorangegangenen Jahre keine vergleichbaren Daten vorliegen. Demnach standen 1969 gut 41% der fast 22,9 Millionen Kühe der EWG in Frankreich, rund 1/4 in der Bundesrepublik, 1/5 in Italien und die restlichen 13% bei den kleineren Partnern. Während sich der Gesamtumfang des Bestandes in der Bundesrepublik jedoch nur unwesentlich veränderte und er in Italien sogar kleiner wurde, haben Frankreich und die Beneluxländer kräftig aufgestockt. Die Zunahme erreichte allein in Frankreich fast die Größenordnung des gesamten gegen-

wärtigen schleswig-holsteinischen Milchkuhbestandes. Für die weitere Entwicklung ist es von Interesse, daß nach Mitteilung des BML¹ von den insgesamt 455 000 Kühen, die in der EWG durch die Abschlachtaktion geschlachtet oder in der Zeit vom 1. 12. 69 bis 30. 11. 70 zur Nichtvermarktung von Milch angemeldet worden sind über die Hälfte, nämlich fast 238 000 Tiere auf die Bundesrepublik entfallen, während Frankreich bei erheblich größerem Kuhbestand bis dahin nur mit 135 000 Tieren beteiligt war. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Durchschnittsleistung der französischen Kühe gegenwertig etwa um 650 kg je Kuh und Jahr (20%) unter der Durchschnittsleistung in der Bundesrepublik liegt.

Land	Milchkühe		Veränderung in %
	1963	1969	
	1 000 Stück		
Deutschland	5 835	5 848	+ 0,2
Frankreich	9 035	9 491	+ 5,0
Italien	4 665	4 510	- 3,3
Niederlande	1 642	1 891	+ 15,2
Belgien	1 009	1 066	+ 5,6
Luxemburg	55	64	+ 16,4
EWG	22 241	22 870	+ 2,8

Dr. Dieter Mohr

1) Statistische Monatsberichte des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Februar 1971

Die kommunalen Haushaltsplanungen 1971

Ungünstige Ausgangsposition für die Gemeinden

Von den Gesamtausgaben aller öffentlichen Haushalte entfällt ein alljährlich zunehmender Teil - 1971 = 46% - auf die Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände. Während die kommunalen Haushalte vor 10 Jahren ein Gesamtvolumen von 1,4 Mrd. DM auswiesen, erhöhte es sich 1971 auf 3,1 Mrd. DM oder um 127%. Im gleichen Zeitraum stieg das Volumen des Landeshaushalts um etwa 111% auf 3,7 Mrd. DM (einschließlich Bundesmittel, die seit 1967 im Landeshaushalt nicht mehr nachgewiesen werden).

Umfang und Art der Finanzmittel dokumentieren, welches Gewicht den kommunalen Gebietskörperschaften als Arbeit- und Auftraggeber im Rahmen der gesamten Wirtschaft unseres Landes beizumessen ist. Der § 100 der Gemeindeordnung bestimmt:

"Die Gemeindevertretung ist dafür verantwortlich, daß die Haushaltspläne die Mittel bereitstellen, die erforderlich sind, die der Gemeinde durch Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen."

Mehr denn je liegt in dieser Aufgabenstellung für die kommunalen Gebietskörperschaften die Zielsetzung, das Wohl ihrer Einwohner zu fördern. Auf sämtliche Städte und Gemeinden kommen in einer sich rasch ändernden Umwelt immer neue Aufgaben zu, die finanziert und bewältigt werden müssen, um Existenz, Bildung, Gesundheit und andere Ansprüche der Einwohner unseres Landes mitzusichern.

Bei der Planung der Haushaltsansätze 1971 standen die zuständigen Gremien der Gemeindevertretungen und ihre Verwaltungen vor einer äußerst schwierigen Analyse der konjunkturellen Situation, die folgende Punkte berücksichtigen mußte:

Die Rezession der Wirtschaft in den Jahren 1966 und 1967 hatte die Finanzdecke so gekürzt, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände nur durch verstärkte Schuldenaufnahme und Inanspruchnahme ihrer Rücklagen die notwendigsten Investitionen finanzieren konnten. Die Bauinvestitionen stagnierten oder waren sogar rückläufig.

Durch den wirtschaftlichen Aufschwung in den Jahren 1968 und 1969 und gewisse Sonderentwicklungen (Gewerbsteuererhöhung 1969) hatte sich die finanzielle Lage der Gemeinden und Gemeindeverbände verbessert. Die Mehreinnahmen an Steuern schlugen sich bei den

Gebietskörperschaften in Zuwachsraten zwischen 14 - 21% nieder. Die seit dem 1.1.1970 gesetzlich verankerte Gemeindefinanzreform sowie ein quantitativ verbesserter kommunaler Finanzausgleich verstärkten weiterhin die Einnahmenseite der kommunalen Haushalte für das Haushaltsjahr 1970.

Dem gegenüber stand eine Aufzehrung der erhöhten Einnahmen durch kräftige Zuwachsraten bei den Personal- und Sachausgaben und den Sozialleistungen; außerdem mußte einkalkuliert werden, daß bei dem großen Nachholbedarf der Investitionen ein etwa 17%iger Preisanstieg den realen Wert schmälern würde. Hinzu kam die Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung, die u. a. haushaltssperrende Maßnahmen, insbesondere Kürzungen der Investitionszuschüsse von Land und Bund, befürchten ließ; diese Befürchtungen sind in verstärktem Umfang eingetreten.

Nach kräftigen Zuwachsraten in den kommunalen Haushalten von 1969 auf 1970 mußte eine Analyse der vorstehenden Fakten zwangsläufig dazu führen, daß bei den Haushaltsansätzen 1971 der Spielraum für größere Investitionsplanungen sehr eingeengt war. Diese Einengung hat sich für die mittelfristige Finanzplanung über 1971 hinaus so ausgewirkt, daß von den kommunalen Gebietskörperschaften keine hohen Zuwachsraten für Investitionen geplant werden konnten. Dies mußte von Bund und Land berücksichtigt werden, wenn es im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung in den nächsten Jahren um die Investitionshilfen geht.

Darüber hinaus brachte die Gebietsreform gewisse Schwierigkeiten, da die Haushalte erstmals für die neuen Gebietskörperschaften aufgestellt werden mußten. Andererseits waren es erstmalig 1971 infolge der Gebietsreform am 26.4.1970 5 Kreise, 94 Gemeinden und 63 Ämter, also insgesamt 162 Gebietskörperschaften weniger, die Haushaltsansätze zu planen hatten.

Die Gebietsreform mit der Zielsetzung, eine rationell arbeitende und mit Hilfe technischer Einrichtungen kostensparende Verwaltung zu schaffen, wurde von weiten Kreisen der Bevölkerung begrüßt. Sie konnte aber nur durch eine selbstlose und tatkräftige Mitarbeit der Selbstverwaltungskörperschaften verwirklicht werden. Es darf nicht übersehen werden, daß dadurch bei der Aufstellung der Haushaltspläne 1971 bei vielen Gemeinden und Kreisen ein erheblicher zusätzlicher Arbeitsaufwand entstand. Er mußte oft mit unzureichendem Personal geleistet werden.

Vorsichtige Haushaltsplanungen für 1971

In dem Haushaltserlaß des Innenministeriums für die Aufstellung der Haushaltspläne 1971 wurde den Gemeinden und Gemeindeverbänden empfohlen, bei ihren Haushaltsvolumen nicht über eine Zuwachsrate von 7,1% hinauszugehen. Einen Monat später wurden nach den Orientierungsdaten des Finanzplanungsrates für die "mittelfristigen Finanzplanungen 1970-1974" als "Richtwerte" durchschnittliche Zuwachsraten von etwa 9,1% für möglich gehalten. Wie die nachstehenden Zuwachsraten sämtlicher Gebietskörperschaften ausweisen, haben die kommunalen Organe Schleswig-Holsteins vorsichtiger geplant.

Zuwachsraten der Gesamtausgaben 1971 gegenüber dem Vorjahr in %

Gemeinden und Gemeindeverbände	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter	Kreisverwaltungen
3,6	0,6	4,3	6,4

Die Gründe für diese vorsichtigen Planungen sind eingangs schon erwähnt worden und sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß die Gemeinden 1969 ungewöhnlich hohe Zuwachsraten auf der Einnahmenseite hatten, Zuwachsraten, die die Haushalte aller

Gebietskörperschaften 1970 durchschnittlich um reichlich ein Viertel ausweiteten.

Nach den Planungen des laufenden Jahres haben sich die Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Gemeinden und Gemeindeverbände Schleswig-Holsteins in den letzten fünf Jahren um reichlich die Hälfte erhöht.

In Übereinstimmung mit der neuen bundeseinheitlichen Methodik der Finanzplanungen werden im folgenden zunächst die vermögensunwirksamen Einnahmen und Ausgaben und danach die vermögenswirksamen Finanzvorfälle besprochen.

Steuern bringen reichlich ein Drittel der Einnahmen

Zur Erfüllung ihrer laufenden Aufgaben erwarten die Gemeinden und Gemeindeverbände vermögensunwirksame Einnahmen in Höhe von 2,3 Mrd. DM. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen macht beinahe drei Viertel aus. Die Hauptquelle der laufenden Einnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften sind die Steuern mit einem Anteil von 35%. Bei den kreisfreien Städten erreichen sie sogar 44% und bei den kreisangehörigen Gemeinden 43%.

1969 hatten sämtliche Gebietskörperschaften ungewöhnlich hohe Zuwachsraten beim Steueraufkommen zu verzeichnen.

Steuereinnahmen (netto) in Schleswig-Holstein

Gebietskörperschaft	1967		1969		1970	
	DM je Einwohner	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	DM je Einwohner	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	DM je Einwohner	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Kreisfreie Städte	251	+ 0,3	317	+ 20,6	320	+ 3,5
Kreisangehörige Gemeinden und Ämter	147	+ 3,5	173	+ 13,9	184	+ 6,8
Kreisverwaltungen	8	+ 8,9	11	+ 20,1	12	+ 8,4
Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	182	+ 2,4	219	+ 16,6	230	+ 5,6
in % zum Bundesdurchschnitt	79	-	72	-	79	-

Die rückläufige Entwicklung - Zuwachsrate 1970 = 5,6% - hängt in allen Bundesländern mit der am 1. Januar 1970 in Kraft getretenen Gemeindefinanzreform zusammen. Sie hat bewirkt, daß die Kommunen am Jahresende 1969 die Zahlung der Gewerbesteuer besonders stark betrieben, weil nach dem Gemeindefinanzreformgesetz für die ab 1. 1. 1970 eingehenden Zahlungen eine Gewerbesteuerumlage von rund 40% des Aufkommens an Land und Bund - je 20% - abzuführen waren. Der geschätzte Anteil der Gewerbesteuer-

umlage macht für 1971 (bei einem Gewerbesteueraufkommen einschl. Lohnsummensteuer von 363 Mill. DM) 133 Mill. DM aus. Danach wird 1971 ein Nettosteueraufkommen von 657 Mill. DM erwartet. Die Zuwachsraten der Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebietes lagen 1969 um etwa 13 Punkte (29,3%) über den Mehreinnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften Schleswig-Holsteins. Interessant ist, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände unseres Landes 1970 noch eine Mehreinnahme von rund 6%

Kommunale Haushaltsansätze 1971

Einnahme-/Ausgabeart	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt		Kreisfreie Städte		Kreis- angehörige Gemeinden und Ämter		Kreisverwaltungen	
	1 000 DM	in % ¹	1 000 DM	in % ¹	1 000 DM	in % ¹	1 000 DM	in % ¹
1. Laufender Haushalt								
1.1 Vermögensunwirksame Einnahmen								
Steuern und steuerähnliche Einnahmen	789 916	34,9	308 831	43,9	459 895	42,9	21 190	4,3
Gebühren, Entgelte, Strafen	441 282	19,5	140 115	19,9	201 041	18,8	100 126	20,5
Zinsen	30 140	1,3	7 677	1,1	13 472	1,3	8 991	1,8
Zuweisungen vom Bund	59 615	2,6	20 101	2,9	16 311	1,5	23 203	4,7
Zuweisungen vom Land	503 060	22,2	126 231	18,0	241 280	22,5	135 549	27,7
Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	209 982	9,3	2 384	0,3	54 079	5,0	153 519	31,4
Sonstige Einnahmen	229 795	10,2	97 589	13,9	85 829	8,0	46 377	9,5
Z u s a m m e n	2 263 790	72,1	702 928	77,7	1 071 907	67,2	488 955	76,5
1.2 Vermögensunwirksame Ausgaben								
Personalausgaben	696 348	36,0	272 324	43,0	256 403	29,2	167 621	39,9
Zinsen	94 140	4,9	40 491	6,4	47 012	5,3	6 637	1,6
Leistungen auf dem Gebiet der Renten und Unterstützungen	223 432	11,6	80 646	12,7	30 877	3,5	111 909	26,6
Zuweisungen an Zweckverbände	66 800	3,5	8 894	1,4	39 789	4,5	18 117	4,3
Sonstige sächliche Verwaltungs- und Zweckausgaben	415 375	21,5	141 462	22,3	192 874	21,9	81 039	19,3
Zuweisungen an Bund und Land ²	233 024	12,1	88 908	14,0	128 698	14,6	15 418	3,7
Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	203 881	10,5	759	0,1	183 922	20,9	19 200	4,6
Z u s a m m e n	1 933 000	61,6	633 484	70,1	879 575	55,1	419 941	65,7
1.3 Überschuß des laufenden Haushalts	330 790	10,5	69 444	7,7	192 332	12,0	69 014	10,8
2. Investitionshaushalt								
2.1 Vermögenswirksame Einnahmen								
Zuweisungen von Bund und Land	248 072	28,3	58 385	29,0	142 398	27,2	47 289	31,6
Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	50 601	5,8	—	—	48 486	9,2	2 115	1,4
Sonstige Zuweisungen	22 719	2,6	3 194	1,6	18 050	3,4	1 475	1,0
Rückflüsse von Darlehen	14 546	1,7	2 662	1,3	4 660	0,9	7 224	4,8
Schuldenaufnahmen von/aus								
Bund und Land	39 432	4,5	10 432	5,2	28 316	5,4	684	0,5
sonstigem öffentlichen Bereich	8 059	0,9	—	—	7 874	1,5	185	0,1
Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln	273 973	31,3	80 929	40,2	156 753	29,9	36 291	24,2
Innere Darlehen, Entnahmen aus Rücklagen	174 130	19,9	37 503	18,6	86 785	16,6	49 842	33,3
Erlöse aus Veräußerungen	43 903	5,0	8 193	4,1	31 024	5,9	4 686	3,1
Z u s a m m e n	875 435	27,9	201 298	22,3	524 346	32,8	149 791	23,5
2.2 Vermögenswirksame Ausgaben								
2.2.1 Unmittelbare Investitionen								
Gewährung von Darlehen	27 140	2,5	6 933	2,6	9 733	1,4	10 474	7,1
Zuführungen an Rücklagen	161 241	14,6	37 887	14,3	92 243	13,3	31 111	21,1
Beteiligungen	9 423	0,9	1 819	0,7	4 526	0,7	3 078	2,1
Erwerb von Grundvermögen	73 041	6,6	22 657	8,6	45 046	6,5	5 338	3,6
Bauinvestitionen	691 906	62,6	153 385	57,9	457 687	66,0	80 834	54,8
Erwerb von beweglichem Vermögen	52 668	4,8	20 906	7,9	21 429	3,1	10 333	7,0
Tilgung insgesamt	90 416	8,2	21 214	8,0	62 755	9,1	6 447	4,4
Z u s a m m e n	1 105 835	35,2	264 801	29,3	693 419	43,4	147 615	23,1
2.2.2 Mittelbare Investitionen								
Zuweisungen für Investitionen an Bund, Land und Gemeinden und Gemeindeverbände	61 281	61,0	2 930	49,3	4 336	18,6	54 015	75,9
Zweckverbände u. a.	39 109	39,0	3 011	50,7	18 923	81,4	17 175	24,1
Z u s a m m e n	100 390	3,2	5 941	0,7	23 259	1,5	71 190	11,1
3. Abschluß								
3.1 Gesamteinnahmen	2 876 727	91,6	902 979	99,9	1 485 814	93,1	565 931	88,6
3.2 Gesamtausgaben	2 876 727	91,6	902 979	99,9	1 485 814	93,1	565 931	88,6
3.3 Unbereinigte Gesamteinnahmen	3 139 225	100	904 226	100	1 596 253	100	638 746	100
3.4 Unbereinigte Gesamtausgaben	3 139 225	100	904 226	100	1 596 253	100	638 746	100

1) in % der jeweiligen Obergruppe

2) einschließlich Gewerbesteuerumlage an das Land (Bund): Gemeinden und Gemeindeverbände = 132 744 Tsd. DM, Kreisfreie Städte = 50 585 Tsd. DM, Kreisangehörige Gemeinden und Ämter = 82 159 Tsd. DM

verzeichneten, während im Bundesgebiet die Einnahmen der Kommunen gegenüber dem Vorjahr um 4% sanken.

Unter den übrigen zur Deckung der "laufenden Aufwendungen" herangezogenen Finanzierungsmittel spielen die Gebühren und Entgelte eine bedeutende Rolle. Für 1971 wird ein Aufkommen von 441 Mill. DM erwartet.

Das "kostendeckende Prinzip" der Gebühren und Entgelte gilt sowohl für die Versorgung der Patienten in den kommunalen Krankenhäusern als auch für die Dienstleistungen der öffentlichen Einrichtungen wie Stadtentwässerung, Müllabfuhr, Marktwesen u. a.

Gebühren und Entgelte
nach ausgewählten Verwaltungszweigen 1969

	Gemeinden und Gemeindeverbände	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter	Kreisverwaltungen
Anteile am Gesamtaufkommen in %				
Krankenhäuser	30	30	19	52
Stadtentwässerung	17	15	25	-
Wirtschaft und Verkehr	10	10	14	1
Straßen, Wege, Brücken	8	4	15	1

Die Zuweisungen, die die Gemeinden und Gemeindeverbände vom Land erhalten, sind für die kommunale Finanzwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Viele Gemeinden könnten wegen einer zu geringen Steuerkraft ihre nach dem Gesetz übertragenen Aufgaben ohne den "kommunalen Finanzausgleich" nicht erfüllen. Laufend hat sich das Land Schleswig-Holstein bemüht, den Finanzausgleich quantitativ zu verbessern. Insgesamt erwarten die kommunalen Gebietskörperschaften 1971 eine Finanzhilfe des Landes von 503 Mill. DM. Diese Mittel enthalten 447 Mill. DM aus dem kommunalen Finanzausgleich.

Der seit 1970 für die Gemeinden und Gemeindeverbände stark verbesserte Finanzausgleich wird erst sichtbar, wenn die Gesamtmassen 1969 und 1971 einander gegenübergestellt werden:

Finanzausgleichsmasse		Veränderung
1969	1971	
280 Mill. DM	447 Mill. DM	+ 60 %

Der Anteil der Schlüsselzuweisungen macht 1969 72% (201 Mill. DM) und 1971 70% (313 Mill. DM) aus. In der Finanzausgleichsmasse 1971 sind 9,4 Mill. DM Zuschüsse an die Datenzentrale Schleswig-Holstein ent-

halten. Sie sollen der vom Land und den Kommunen gemeinsam gegründeten Anstalt ermöglichen, verstärkt für den kommunalen Bereich Analysen und Programmierarbeiten zu finanzieren.

Angemerkt sei hier, daß die Ermittlung der Werte, die einen gerechten kommunalen Finanzausgleich für alle Gemeinden sichern sollen, von der Zielsetzung des Landes ausgeht, daß der Finanzbedarf der Gemeinden kaum mehr von ihrer Größe abhängt, sondern alle Bürger des Landes Anspruch auf gleichwertige Leistungen ihrer Gemeinden bzw. ihres Kreises haben.

Das Personal beansprucht vier Zehntel der Ausgaben

Durchschnittlich sechs Zehntel sämtlicher Aufwendungen entfallen auf die vermögensunwirksamen Ausgaben. Während es nach den Rechnungsergebnissen 1967 noch 1,2 Mrd. DM waren, rechnen die kommunalen Gebietskörperschaften für 1971 mit "laufenden Aufwendungen" in Höhe von knapp 2 Mrd. DM. Dies entspricht einer Zuwachsrate von knapp sechs Zehnteln.

Von den vorstehenden Aufwendungen beanspruchen nach den endgültigen Ergebnissen die Personalkosten 1967 und 1969 durchschnittlich vier Zehntel. Nach den Haushaltsansätzen 1970 und 1971 liegen die entsprechenden Anteile um etwa 4 Punkte niedriger. Dabei ist aber der überproportionale Anstieg des Haushaltsvolumen von 1969 auf 1970 zu berücksichtigen (+ 27%). Die Einengung der Finanzkraft der Gemeinden und Gemeindeverbände durch die steigenden Personalkosten der letzten Jahre ist bekannt. Das Ergebnis wird bestätigt durch die Tatsache, daß das gesamte Steueraufkommen (netto) 1970 und 1971 bei den kreisfreien Städten nur 95% der Personalausgaben finanzieren konnte, bei den kreisangehörigen Gemeinden und Ämtern

Die Personalausgaben

Gebietskörperschaft	Zunahme (Abnahme: -)				1971 gegenüber 1962
	1968 gegenüber dem Vorjahr	1969	1970	1971	
in %					
Gemeinden und Gemeindeverbände	6	14	7	14	132
Kreisfreie Städte	5	12	-6	11	91
Kreisangehörige Gemeinden und Ämter	7	15	16	16	178
Kreisverwaltungen	5	15	18	17	158

reichten 65% der Steuern aus, um die Personalkosten zu decken. Diese Gemeinden verlieren aber durch die Finanzierung der Kreisumlage noch zusätzlich knapp 30% ihrer Steuerkraft.

Die Entwicklung dieser Kosten dürfte mit entscheidend dafür sein, ob zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben ein Überschuß erwirtschaftet werden kann, der einen "eigenen Investitionsanteil" ermöglicht.

Die sinkende Tendenz bei den Personalkosten der kreisfreien Städte im Jahre 1970 ist darauf zurückzuführen, daß von diesem Zeitpunkt die Gehälter der Lehrkräfte an den städtischen Gymnasien (Kiel und Lübeck) vom Land übernommen wurden.

Ein weiterer großer Posten der vermögensunwirksamen Ausgaben sind die "Sonstigen Verwaltungs- und Zweckausgaben." In ihnen sind die Kosten für Geschäftsbedürfnisse, Beschaffung von Gesetzblättern, Reinigungs- und Heizungskosten, Mieten, Postgebühren, Reise- und Umzugskosten, Mitgliedsbeiträge und vieles andere mehr enthalten. Ob in diesen Posten noch Luft für Rationalisierungen und Einsparungen liegt, ist fraglich. Der Anteil dieser "sächlichen Kosten" an den vermögensunwirksamen Ausgaben macht immerhin reichlich ein Fünftel aus.

Abschließend muß zu diesen Aufwendungen festgestellt werden, daß mit dem Unterhaltungsbedarf ein vorwiegend "sachlicher Aufgabenbereich" angesprochen wird, der aber zusammen mit den Sozialleistungen (Anteil rund 12%) Kosten enthält, die für das Funktionieren einer modernen Verwaltung notwendig sind und auf die der Bürger wahrscheinlich nicht verzichten kann und will.

Geringer Überschuß des laufenden Haushalts

Nach einer Analyse der Rechnungsergebnisse 1967 und 1969 kann folgende Aussage getroffen werden: Der Saldo der "laufenden Rechnung" hat sich aufgrund der verbesserten Einnahmesituation für die Jahre 1969 und 1970 bei allen Größenklassen verbessert.

Am günstigsten ist er mit Ausnahme der kreisfreien Städte, deren Mittel schon zurückgehen, im Jahre 1970. Die geringste Bewegungsfreiheit erlauben die Überschüsse der kreisfreien Städte.

Die "verbliebenen allgemeinen Deckungsmittel" des laufenden Haushalts sollen den kommunalen Gebietskörperschaften erst die Bewegungsfreiheit geben, ihre Investitionen zu planen und durchzuführen. Die bei allen Gebietskörperschaften für 1971 erwarteten

Mittel zeigen, daß dieser Spielraum sehr eng geblieben ist. Daran ändert auch nichts der 1971 leicht steigende Betrag von 99 DM je Einwohner bei den kreisfreien Städten.

Gebietskörperschaft Jahr	Ver-	Ver-	Überschuß	
	mögens- un- wirksame Ein- nahmen	mögens- wirksame Ein- nahmen	innerhalb der vermögens- unwirksamen Rechnung	
	DM je Einwohner			% der Gesamt- einnahmen
Gemeinden und Gemeindeverbände insges.				
1967	606	214	115	14,0
1969	697	249	130	13,8
1970	829	350	140	11,9
1971	881	341	129	10,5
Kreisfreie Städte				
1967	711	240	78	8,2
1969	831	257	101	9,2
1970	924	362	94	7,3
1971	1 005	288	99	7,7
Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				
1967	378	166	95	17,6
1969	439	209	109	16,9
1970	550	268	119	14,5
1971	573	280	103	12,0
Kreisverwaltungen				
1967	189	38	33	14,6
1969	208	38	32	13,0
1970	243	78	39	12,1
1971	262	80	37	10,8

Niedrige Steuerkraft engt Schuldenaufnahme ein

Bei den Finanzierungsplanungen ihrer Investitionen stehen unsere Gemeinden immer wieder vor den gleichen Problemen:

Ihre Steuerkraft liegt durchschnittlich 20% unter dem Bundesdurchschnitt. Die Zuwachsraten für die "teueren" Kreditmarktmittel lagen 1970 mit 12,3% 3 Punkte über den entsprechenden Zuwachsraten des Bundesgebietes.

Der Schuldenstand nähert sich - bei geringerer Steuerkraft - in den meisten Gemeinden dem Bundesdurchschnitt.

Der Nachholbedarf an Investitionen ist bei den kommunalen Gebietskörperschaften Schleswig-Holsteins besonders groß.

Erhebliche Investitionshilfen des Landes und des Bundes haben nicht verhindern können, daß die Bauinvestitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände in den letzten zehn Jahren bis zu 25% unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

Wie sollen angesichts dieser Umstände die erwarteten verstärkten Investitionen bei den

DIE HAUSHALTSPLANUNGEN 1971

DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE

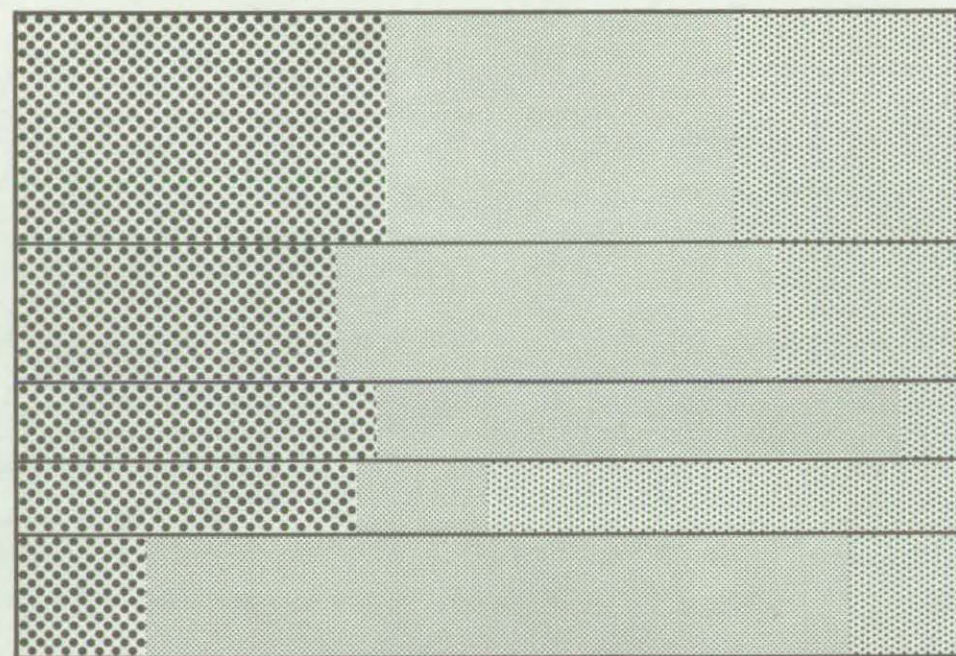
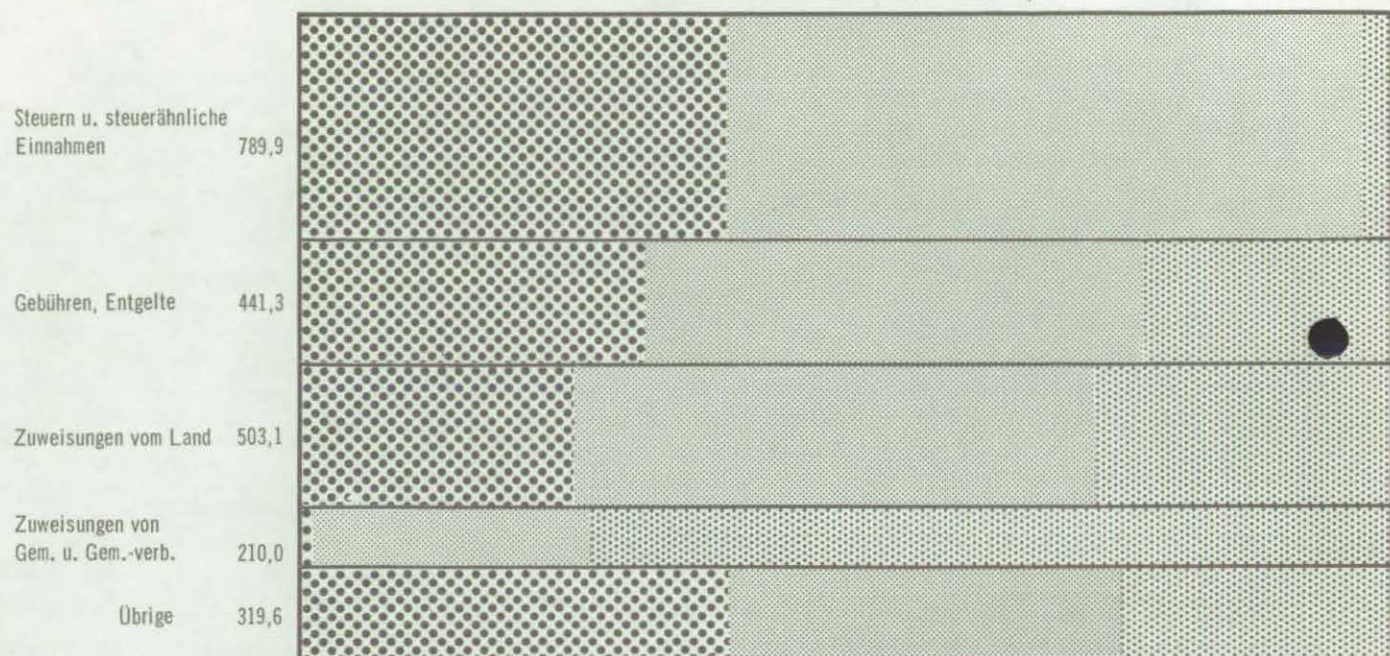
Beträge in Millionen DM

EINNAHMEN

AUSGABEN

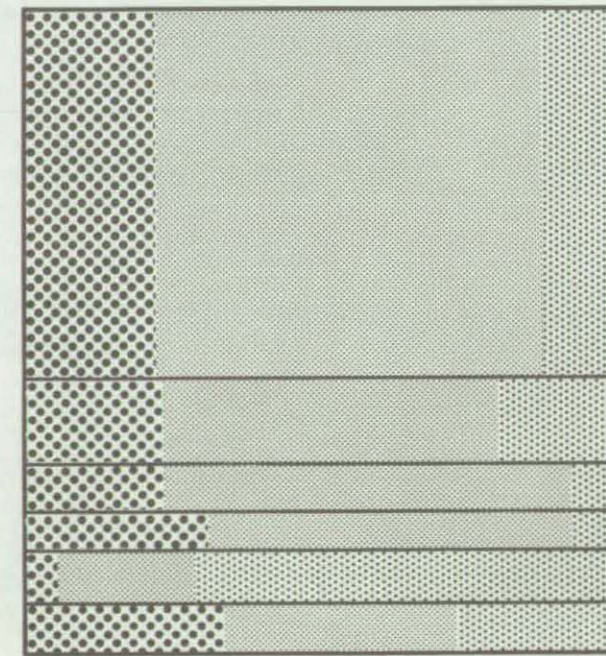
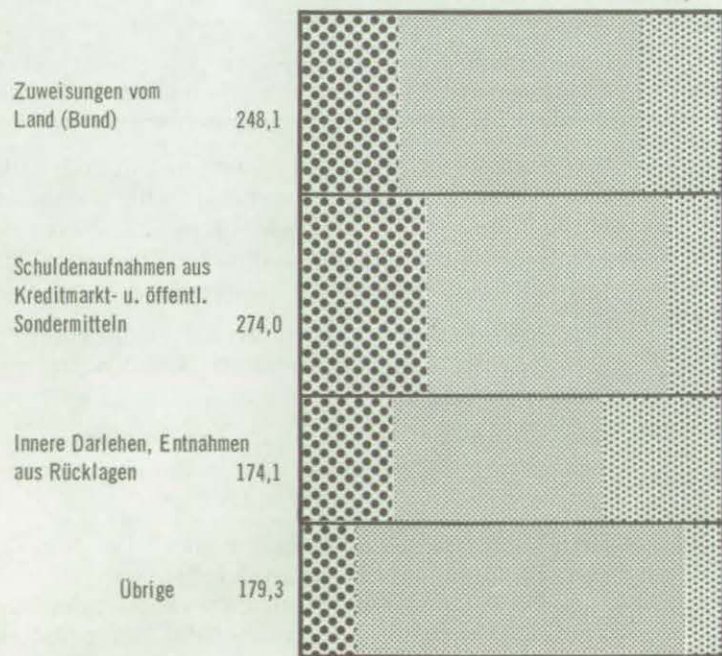
Laufende Haushalte 2263,8

Laufende Haushalte 1933,0



Investitionshaushalte 875,4

Investitionshaushalte 1206,2



GESAMTHAUSHALTE
3139,2 Millionen DM



Aufgabenbereichen Bildung, Umweltschutz, soziale Einrichtungen u. a. finanziert werden?

Anzumerken ist hier, daß der Schuldenstand des Landes (Kreditmarktmittel und öffentliche Sondermittel) nach dem Stand vom 31. 12. 1970 mit 115% weit über dem Durchschnitt des entsprechenden Standes der Flächenländer lag.

Insgesamt erwarten die kommunalen Gebietskörperschaften 1971 875 Mill. DM an vermögenswirksamen Einnahmen, das sind knapp drei Zehntel sämtlicher Einnahmen. Von der Summe dieser Finanzierungsmittel hoffen die Gemeinden und Gemeindeverbände drei Zehntel (bei den kreisfreien Städten sind es vier Zehntel) auf dem Kreditmarkt zu beschaffen. Beinahe drei Zehntel der Mittel erwarten die Gemeinden und Gemeindeverbände und die kreisfreien Städte als Investitionszuschüsse von Land und Bund. Weitere drei Zehntel konnten die Gemeinden insgesamt aus ihrer eigenen Finanzkraft (Überschuß des laufenden Haushalts) beisteuern. Bei den kreisfreien Städten waren es 26%. Auf die eigenen Rücklagen mußte verstärkt 1967 und konnte - wegen der günstigen finanziellen Entwicklung - auch 1969 und 1970 zurückgegriffen werden.

Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände durch Kreditmarktmittel und öffentliche Sondermittel

	Gemeinden und Gemeindeverbände	davon		
		kreisfreie Städte	kreisangehörige Gemeinden und Ämter	Kreisverwaltungen
1969				
Schleswig-Holstein				
Mill. DM	1 240	523	664	54
DM je Einwohner	487	768	356	29
Bund = 100	75	76	89	56
Bundesgebiet				
DM je Einwohner	651	1 012	398	52
1970				
Schleswig-Holstein				
Mill. DM	1 393	587	735	71
DM je Einwohner	542	839	393	38
Bund = 100	77	.	.	.
Bundesgebiet				
DM je Einwohner	706	.	.	.
Veränderung 1970 gegenüber 1969 in %				
Schleswig-Holstein	+ 12,3	+ 12,2	+ 11	+ 33
Bundesgebiet	+ 9,8	.	.	.

Stagnierende Bauinvestitionen 1971

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Investitionen sind für die Gesamtwirtschaft

insofern von besonderer Bedeutung, als von ihnen wesentliche Antriebe auf die konjunkturelle Entwicklung ausgehen. In den Jahren der Rezession, also 1966 und 1967, wäre es sicherlich sehr förderlich gewesen, wenn von den Gemeinden stärkere Impulse durch höhere Investitionen ausgegangen wären. Die Bauinvestitionen stagnierten aber oder waren sogar rückläufig. Verstärkte Investitionen hätten nur über den Kreditmarkt finanziert werden können.

Im wesentlichen nur beeinflusst durch erhöhte Zuweisungen von Land und Bund nahmen die Investitionen 1968 wieder zu. Da sich die beträchtlichen Steuereinnahmen des Jahres 1969 erst Ende des Jahres ergaben, konnte mit ihnen 1969 noch keine wesentliche Ausweitung der Investitionstätigkeit finanziert werden. Sie haben sich erst 1970 ausgewirkt, zu einem Zeitpunkt, als es konjunkturell schon beinahe nicht mehr wünschenswert war.

Die Gemeinden brauchen für ihre Investitionsplanungen mehr denn je einen gleichmäßigen überschaubaren Fonds an Finanzierungsmitteln. Eine dringend notwendige Investitionstätigkeit mit gleichmäßig steigender Tendenz kann es nur bei einer nicht von Schwankungen unterbrochenen konjunkturellen Entwicklung geben.

1,1 Mrd. DM veranschlagen die Gemeinden und Gemeindeverbände 1971 für "Unmittelbare Investitionen", dies entspricht einem Anteil an den Gesamtausgaben von 35%. Bei den kreisfreien Städten stellt sich dieser Anteil auf 29%, bei den kreisangehörigen Gemeinden und Ämtern auf 43% und bei den Kreisverwaltungen auf 23%.

Maßstab für die Intensität der Investitionen sind die Baumaßnahmen. Ihr Anteil an dem Investitionshaushalt beläuft sich 1971 auf 63%, knapp 60% bei den kreisfreien Städten, 66% bei den übrigen Gemeinden und 55% bei den Kreisen.

Veränderung der Bauinvestitionen gegenüber dem Vorjahr in %

	1967	1968	1969	1970 ^a	1971 ^b
	- 3,8	+ 4,1	+ 7,3	+ 35	+ 1

a) geschätzt nach den vorliegenden Teilergebnissen 1970
b) nach den Haushaltsplänen 1971

Nach den Haushaltsansätzen 1970 war bereits eine kräftige Steigerung der Bauinvestitionen zu erwarten. Mit einer Zuwachsrate von insgesamt 35% haben dies die Rechnungsergebnisse 1970 bestätigt. Die kreisfreien Städte verzeichnen sogar eine Mehrausgabe von 53%. Bei dieser ungewöhnlich hohen

Zunahme muß berücksichtigt werden, daß die im Rahmen der Landessummen ohnehin gewichtige Stadt Kiel wegen der Vorbereitungen für die Olympiade 1972 im Jahre 1970 eine Zuwachsrate der Bauinvestitionen von 86% hatte. Für sämtliche Gemeinden (einschl.

der kreisfreien Städte) mit 10 000 und mehr Einwohnern macht die Zuwachsrate rund 39% aus.

Die Schwerpunkte der Investitionen ergeben sich aus der nachstehenden Übersicht:

Anteile der Verwaltungszweige an den Bauinvestitionen 1962 bis 1971 in %

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeindeverbände	Kreisfreie Städte	Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern	Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und Ämter	Kreisverwaltungen
Insgesamt	100	100	100	100	100
darunter					
Straßen, Wege, Brücken	34,9	32,7	29,0	33,9	54,6
Öffentliche Einrichtungen	21,6	23,9	28,5	22,0	1,2
Schulen	18,0	18,0	23,4	16,8	11,5
Wirtschaftliche Unternehmen	5,6	10,1	1,8	6,2	1,3
Krankenhäuser	3,8	4,6	1,7	1,4	14,2

Unbestritten bleibt, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände Schleswig-Holsteins mit größter Initiative versucht haben, den Wiederaufbau und Ausbau ihres Gemeindegebietes voranzutreiben. In den letzten 10 Jahren sind insgesamt 4,5 Mrd. DM Bauinvestitionen getätigt bzw. - 1970 und 1971 - geplant worden.

Die bereits erwähnte günstige Ausgangssituation 1969 und 1970 ergab 1970 für die Gemeinden unseres Landes die optisch höchste Zuwachsrate an Bauinvestitionen seit 1948. Zur Beurteilung des realen Wertes dieser Investitionen, muß festgestellt werden, daß die Preisexplosion auf dem Bausektor eine erhebliche Minderung der realen Werte verursacht. Wenn z. B. die kommunalen Gebietskörperschaften insgesamt für 1970 etwa 584 Mill. DM an Bauinvestitionen nachweisen, dann ergibt sich bei einem Preisanstieg von 17% eine Wertminderung von knapp 100 Mill. DM. Wird dieser Betrag von den absoluten Investitionen abgesetzt, dann verbleiben - in Preisen von 1969 - nur noch 485 Mill. DM. So berechnet hatten die kommunalen Gebietskörperschaften 1970 nur einen realen Investitionszuwachs von 12%.

Nach den Haushaltsansätzen 1971 ist wieder eine Stagnation der Bauinvestitionen zu erwarten. Gegenüber 1970 haben die Gemeinden und Gemeindeverbände nur eine Zuwachsrate von 1% veranschlagt.

Zusammenfassend ist zu hoffen, daß auch den kommunalen Gebietskörperschaften Schleswig-Holsteins auf längere Sicht die Einbeziehung in die "mittelfristige Finanzplanung" von Bund, Ländern und Gemeinden nicht nur den Nachholbedarf an Investitionen ermöglicht, sondern darüber hinaus einen modernen Ausbau ihres Gemeindegebietes sichert.

Methodik

Die Aussagen beruhen auf den Rechnungsergebnissen 1967 und 1969 sowie auf den Haushaltsansätzen 1970 und 1971. Um eine möglichst aussagefähige Entwicklung darzustellen, wurden die Ansätze weitgehendst mit den Finanzplanungen 1970 - 1974 abgestimmt und für ein vollständiges Landesergebnis durch die Ansätze der Finanzplanungen sämtlicher Gemeinden ergänzt. Die Gruppierung und Bezeichnung der Einnahme- und Ausgabearten richtet sich nach der bundeseinheitlichen Methodik der Finanzplanung. Die Ergebnisse früherer Jahre wurden schätzungsweise dieser Methodik zugeordnet. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt wurde zusammengefaßt. In den Haupttabellen und in der grafischen Darstellung sind die Steuern "brutto", also ohne Abzug der Gewerbesteuerumlage, dargestellt. Die

Bauinvestitionen 1961 bis 1969^{a)}

	Mill. DM	Je Einwohner	
		DM	Verhältnis in %
Schleswig-Holstein	3 395,3	1 333	76,5
Bundesgebiet	97 808,5	1 742	100

a) 1969 teilweise geschätzt

Höhe der Gewerbesteuerumlage ist für alle Größenklassen "nachrichtlich" in der Haupttabelle "Vermögensunwirksame Ausgaben-Einnahmen" aufgeführt. Alle vertikalen Anteile der Einnahme-Ausgabearten wurden von dem

Gesamtvolumen - einschließlich des Zahlungsverkehrs zwischen den Gemeinden und Gemeindeverbänden - berechnet.

Peter Hübsch

Der Fremdenverkehr 1969/70 und seine Entwicklung ab 1951

Teil 2: Umfang und Struktur des Fremdenverkehrs

Beherbergungsstätten des allgemeinen Fremdenverkehrs sind Gastwirtschaften, Heilstätten, Sanatorien, Erholungsheime und Privatquartiere, jedoch rechnen Jugendherbergen, Kinderheime und Zeltplätze nicht dazu. Laufend wird ermittelt, wie viele Gäste in den Beherbergungsstätten ankommen (Meldungen). Beim Wechsel der Unterkunft erscheint der gleiche Gast erneut in der Statistik. Diese Doppelzählungen kommen jedoch innerhalb einer Gemeinde so selten vor, daß sie vernachlässigt werden können. Im folgenden wird deshalb synonym von Meldungen und von Gästen gesprochen. Erst im Landesergebnis wirken sich Reisen von Ort zu Ort in einer Differenz zwischen der Zahl der Reisenden (statistisch nicht erfaßt) und der der Meldungen aus. Bei den Übernachtungen gibt es keine Doppelzählungen. Im Fremdenverkehrsjahr 1970 (Oktober 1969 bis September 1970) wurden 2,3 Mill. Gäste und 18,1 Mill. Übernachtungen registriert. Gegenüber dem Berichtsjahr 1968/69 hat sich die Zahl der Gäste um 5%, die Zahl der Übernachtungen um 7% erhöht. Gemessen an der Übernachtungszahl verteilte sich der Fremdenverkehr etwa gleichmäßig auf Privatquartiere und Beherbergungsbetriebe. Auf Beherbergungsbetriebe entfielen 1,6 Mill. Meldungen und 9,1 Mill. Übernachtungen, in Privatquartieren wurden 0,6 Mill. Meldungen und 9 Mill. Übernachtungen gezählt. Im Vergleich zum vorhergehenden Berichtsjahr nahm die Zahl der Übernachtungen in Privatquartieren um 10% zu, die Beherbergungsbetriebe dagegen mußten sich mit einer Zunahme von 5% begnügen.

Außerdem erreichten Jugendherbergen 1969/70 600 000 Übernachtungen. Kindererholungsheime meldeten 2,2 Mill. und Campingplätze 5,3 Mill. Übernachtungen. Während in Jugendherbergen die Zahl der Übernachtungen um 1% stieg, ging sie in Kinderheimen und auf Campingplätzen um jeweils 4% zurück.

Der Rückgang der Übernachtungen auf Campingplätzen ist sicherlich die Folge des unbestän-

digen Wetters im Sommerhalbjahr 1970 und des besonders campingfreundlichen Wetters im Sommer zuvor. Interessant ist, daß trotz des nur mäßigen Wetters im Juli und August und des verregneten Herbstes im Berichtsjahr 1970 die Zahl der Übernachtungen des allgemeinen Fremdenverkehrs im Vergleich zum Vorjahr noch um 7% zugenommen hat, also nur um 1% unter der Zunahme vom Vorjahr - von 1968 auf 1969 - blieb. Vermutlich ist die relativ hohe Zunahme einerseits darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Gäste, die ihren Urlaub 1969 in Schleswig-Holstein verbracht hatten, nach dem schönen Wetter wieder mit idealem Urlaubswetter rechneten und sich dazu entschlossen, ihre Quartiere schon für das nächste Jahr auszumachen. Wie groß die Zahl derjenigen Urlauber ist, die Schleswig-Holstein trotz oder gerade wegen der wechselhaften Witterung treu sind, läßt sich leider nicht feststellen. Andererseits dürfte das Wetter im Jahr 1969 auch Urlauber, die sonst Schleswig-Holstein wegen seines wechselhaften Wetters meiden, veranlaßt haben, wieder einmal in Schleswig-Holstein zu bleiben. Daß dann das insgesamt wenig beständige Wetter im Sommer 1970 keinen Nachfragerückgang zur Folge hatte, liegt wohl daran, daß erfahrungsgemäß viele Ferienreisen bereits im Frühjahr gebucht werden, zu einem Zeitpunkt also, an dem über das Urlaubswetter noch nichts gesagt werden kann. Sollte dann das Wetter kurz vor Reisebeginn die Erwartungen nicht erfüllen - was vermutlich im Sommer 1970 der Fall war -, ist es zum Umdisponieren zu spät. Einmal kann ein Vertrag kurz vor Antritt der Reise bekanntlich - wenn überhaupt - nur unter Inkaufnahme eines Verlustes rückgängig gemacht werden, zum anderen läßt sich kurzfristig nur sehr schwer ein geeignetes Quartier finden. Im Falle eines Gastvertrages ist der Gast in der Regel verpflichtet, bei Nichtinanspruchnahme der vertraglichen Leistungen den vereinbarten oder betriebsüblichen Preis zu bezahlen, abzüglich der vom Vermieter ersparten Auf-

wendungen. Die Einsparungen betragen bei der Übernachtung erfahrungsgemäß 20% des Übernachtungspreises, bei der Pensionsvereinbarung 40% des Pensionspreises. Darüber hinaus wird auch noch Bedienungsgeld auf den ermäßigten Betrag gefordert.

Mitentscheidend für den weiteren Anstieg der Nachfrage dürfte aber auch sein, daß zahlreiche Gäste das für Gesundheit und Erholung förderliche Wetter in Schleswig-Holstein der brütenden und kräftezehrenden Hitze in den Mittelmeerländern vorziehen, wann auch die Erkenntnis, daß ein subtropisches Klima für den ein gemäßigt Klima gewohnten Mitteleuropäer nicht sehr gesund ist, noch nicht Allgemeingut geworden ist.

In der Vor- und Nachsaison dürfte das Wetter auch kurzfristig einen merklichen Einfluß auf den Umfang des Fremdenverkehrs haben. Diese Aussage stützt sich auf folgende Beobachtung: Bei schönem Wetter im Mai, Juni oder September steigt die Zahl der Ausflügler - in besonderem Maße der Ausflugsverkehr aus Hamburg in Richtung Ostsee - erheblich an. Da zu dieser Zeit zahlreiche Betten nicht belegt sind, wird diese zusätzlich auftretende Nachfrage auch weitgehend befriedigt. Mit dem Wetter allein läßt sich der fortgesetzte Anstieg der Übernachtungszahlen jedoch nicht erklären. Eine andere wesentliche Ursache für die Zunahme des Fremdenverkehrs ist sicherlich der wachsende Wohlstand der Bevölkerung.

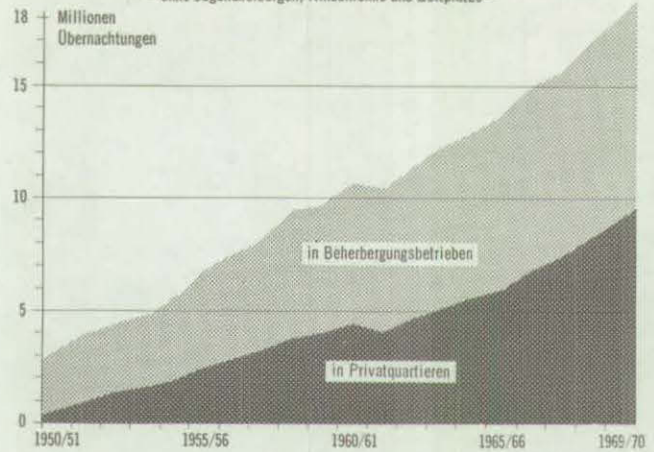
Die Frage, ob auch weiterhin eine derart starke Zunahme des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein erwartet werden kann oder ob von irgendeinem Zeitpunkt an mit einer Stagnation der Nachfrage gerechnet werden muß, läßt sich schwer beantworten. Zwar kann von einer Sättigung der Nachfrage nach Fremdenverkehrsleistungen nicht die Rede sein; fraglich ist aber, ob speziell Schleswig-Holstein von der steigenden Nachfrage profitieren kann. Ein zusätzliches Angebot kann zwar zusätzliche Nachfrage schaffen, aber wahrscheinlich nur in begrenztem Umfang. Denn der Strom der Urlauber, die die Mittelmeerländer als Erholungsgebiete bevorzugen, läßt sich wohl kaum in nennenswertem Umfang nach Schleswig-Holstein umlenken. Aber auch der Ausdehnung des Angebots sind Grenzen gesetzt, denn Strand und Dünen sind nicht vermehrbar. Allerdings stellt der Strand nur für einzelne, bereits stark frequentierte Gemeinden einen Engpaßfaktor dar. Für Schleswig-Holstein im Ganzen ist dies Problem weniger akut.

Wird der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein über einen längeren Zeitraum

0 - 4276

Übernachtungen im Fremdenverkehr

- ohne Jugendherbergen, Kinderheime und Zeltplätze -



verfolgt, ergibt sich folgendes Bild: Seit 1957 hat sich die Zahl der Übernachtungen um 140% erhöht. Gegenüber 1951 wurden 1970 sogar 5,6 mal so viele Übernachtungen gezählt. Die Zahl der Übernachtungen hat von Jahr zu Jahr stetig zugenommen, wobei jedoch die Zuwachsraten, besonders in der ersten Hälfte des Berichtszeitraumes, streuten. So betrug der Anstieg zwischen 1955 und 1956 23%. Zwischen 1959 und 1960 dagegen erhöhte sich die Zahl der Übernachtungen nur um 4%. Nach 1962 entwickelte sich der Fremdenverkehr etwas gleichförmiger. Am kräftigsten, nämlich um 11%, nahm der Fremdenverkehr zwischen 1962 und 1963 zu. Wiederum nur 5% betrug die Zunahme zwischen 1967 und 1968.

Vorliebe für Pensionen und Fremdenheime

Wie sich der Fremdenverkehr (ohne Privatquartiere) auf die einzelnen Betriebsarten verteilt, wird im folgenden Abschnitt beschrieben. 1969/70 registrierten Hotels 3,2 Mill. (= 36%) Übernachtungen. Mit 330 000 Übernachtungen (= 4%) hatten Gasthäuser nur einen bescheidenen Anteil am Fremdenverkehr. Am häufigsten wurde in Pensionen übernachtet. Dort wurden 3,7 Mill. Übernachtungen (= 41%) gewährt. 1,1 Mill. Übernachtungen (= 12%) wurden von Erholungsheimen und Ferienheimen, 760 000 (= 8%) von Heilstätten und Sanatorien gemeldet.

Gegenüber 1968/69 verzeichneten mit Ausnahme der Gasthäuser (- 3%) alle Betriebsarten eine Zunahme an Übernachtungen. Den größten Zuwachs hatten Hotels mit 8%. Dann folgen die Pensionen mit 4% und die Sanatorien mit 3%. Den geringsten Zuwachs, nämlich 1%, wiesen Erholungs- und Ferienheime auf.

Bei Betrachtung eines längeren Zeitraums zeigt sich sehr deutlich, daß sich das Fremdenverkehrsgeschehen heute in noch

Gemeindegruppe	Hotels	Gast- häuser	Pen- sionen	Erho- lungs- heime	Sana- torien	Privat- quar- tiere	Ins- gesamt	Übernachtungen in % (Spaltensummen = 100)	
Großstädte	16	6	1	-	-	0	3		
Heilbäder	6	1	6	1	36	1	4		
Luftkur- und Erholungsorte	8	23	3	17	15	6	7		
Nordseebäder	16	16	49	45	45	43	39		
Ostseebäder	32	29	40	37	2	48	41		
Sonstige Berichtsgemeinden	22	25	1	1	2	1	5		

stärkerem Maße als früher in Fremdenheimen und Pensionen abspielt. Diese Betriebsart konnte nämlich von 1962 an ihren Anteil am Fremdenverkehr (Übernachtungen) erheblich vergrößern, und zwar von 31% auf 41%.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß bis zum 1. 4. 1971 Fremdenheime und Pensionen Unterkünfte darstellen, in denen entweder volle Verpflegung oder nur Frühstück an die Hausgäste abgegeben wurde (die Unterkünfte, in denen nur Frühstück abgegeben wird, werden ab 1. 4. 1971 wegen ihrer zunehmenden Bedeutung gesondert als Hotel garni aufgeführt). Hotels konnten in dieser Zeitspanne ihren Anteil sehr gut behaupten. Gasthäuser dagegen haben zwischen 1962 und 1970 2 Prozentpunkte eingebüßt. Verloren haben auch Erholungs- und Ferienheime, nämlich 3 Punkte. Heilstätten und Sanatorien büßten sogar 5 Punkte ein. 1962 hatte ihr Anteil noch 13% betragen.

Da Gasthäuser 1969/70 30 000 Übernachtungen weniger als 1961/62 verbuchten (Abnahme 8%), hat sich ihre Position nicht nur relativ, sondern auch absolut verschlechtert. Das gleiche gilt für Sanatorien, deren Übernachtungszahl um 35 000 (Abnahme 4%) zurückging. Dagegen verschlechterte sich die Position der Erholungsheime nur relativ; denn gegenüber 1961/62 verzeichneten sie 113 000 Übernachtungen mehr (+ 12%).

Starke räumliche Konzentration des Fremdenverkehrs

Aus der zweiten Tabelle wird deutlich, daß sich der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein hauptsächlich in den Seebädern an Nord- und Ostsee abspielt. An der Westküste des Landes, wo im Fremdenverkehrsjahr 1970 7 Mill. Übernachtungen gezählt wurden - 5,3 Mill. auf den Nordseeinseln, 1,7 Mill. an der Nordseeküste - ,konzentriert sich der Fremdenverkehr wiederum

Gemeindegruppe	Übernachtungen in 1 000			Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	1967/68	1968/69	1969/70	68/69	69/70
Großstädte	531	555	587	4,5	5,8
Heilbäder	746	758	800	1,6	5,5
Luftkur- und Erholungsorte	1 093	1 292	1 331	18,2	3,0
Nordseebäder	6 093	6 585	7 072	8,1	7,4
Ostseebäder	6 287	6 785	7 347	7,9	8,3
Sonstige Berichtsgemeinden	852	881	941	3,4	6,8
Insgesamt	15 602	16 856	18 079	8,0	7,3

auf die Insel Sylt. Dort wurden 1970 3,3 Mill. Übernachtungen registriert. Das sind 47% der Übernachtungen in den Nordseebädern. Auf Westerland allein entfielen 20%.

Eine derart starke Ballung des Fremdenverkehrs gibt es auch an der Ostseeküste. In der Lübecker Bucht, wo ebenfalls mehr als 5,1 Mill. Übernachtungen gezählt wurden - das sind 70% der Übernachtungen in Ostseebädern - beherrschte Grömitz mit 29% der Übernachtungen das Fremdenverkehrsgeschehen. Auf die gesamte Ostseeküste bezogen, hatte Grömitz einen Anteil von 20%. An zweiter Stelle liegt Timmendorfer Strand mit 22% bzw. 15%. Die Ostseeküste zwischen Flensburg und Burg auf Fehmarn konnte mit 2,2 Mill. Übernachtungen aufwarten. Hier verteilte sich der Fremdenverkehr verhältnismäßig gleichmäßig auf die vorhandenen Fremdenverkehrsgebiete. In der Holsteinischen Schweiz wurden fast 800 000 Übernachtungen gezählt. Danach folgt der Raum Mölln/Ratzeburg mit 250 000 Übernachtungen. Der Hamburger Ring steuerte 150 000 Übernachtungen bei.

Auf die Gemeindegruppen verteilt sich die Zahl der Übernachtungen folgendermaßen:

Die Seebäder erreichten im Berichtsjahr 1969/70 80% aller Übernachtungen. Von den restlichen 20% entfielen auf Großstädte 3%, Heilbäder 4%, auf die "Sonstigen Berichtsgemeinden" 5% sowie auf Luftkur- und Erholungsorte 7%.

In den beiden letzten Berichtsjahren hat sich die Zahl der Übernachtungen in den Seebädern um jeweils 8% erhöht. Alle anderen Gemeindegruppen verzeichneten mit Ausnahme der Luftkur- und Erholungsorte, deren Fremdenverkehr zwischen 1968 und 1969 um 18% stieg, geringere Zunahmen.

In den einzelnen Gemeinden entwickelte sich der Fremdenverkehr recht unterschiedlich. Gegenüber dem Sommerhalbjahr 1969 mußten

einige Gemeinden einen Rückgang der Übernachtungen hinnehmen, die meisten aber konnten einen Zuwachs vorweisen. In den Gemeinden auf den Nordseeinseln hat die Zahl der Übernachtungen nicht abgenommen. Das gleiche gilt mit Ausnahme von Tönning auch für die Fremdenverkehrsorte der Nordseeküste. Das liegt wohl einmal daran, daß sich dort die Niederschläge im Sommer in Grenzen halten, zum anderen daran, daß der Erholungswert an der Nordsee auch bei schlechtem Wetter wegen des Reizklimas besonders hoch einzuschätzen ist.

Auch an der Lübecker Bucht wiesen nur wenige Gemeinden einen Übernachtungsrückgang auf. Erklären läßt sich die Beständigkeit des Fremdenverkehrs in diesem Gebiet vielleicht z. T. damit, daß die Reisebüros hauptsächlich die Fremdenverkehrszentren in ihr Angebot einbeziehen. Möglich ist auch, daß die starke Konkurrenz zwischen den Fremdenverkehrsgemeinden ein attraktives Angebot an Fremdenverkehrsleistungen fördert, das zahlreiche Gäste anlockt. So haben einige Fremdenverkehrsgemeinden z. B. Wellenbäder eingerichtet, um ihre Gäste auch an regnerischen Tagen oder in der kühleren Jahreszeit in den Genuß eines Bades, ähnlich dem im Meer, kommen zu lassen.

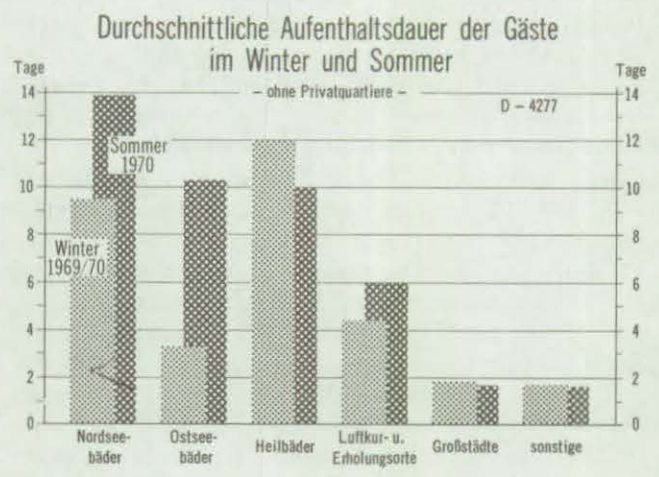
Die Ostseeküste zwischen Fehmarn und Flensburg, die für die Mehrheit der Gäste nicht so attraktiv ist wie die zwischen Fehmarn und Travemünde, weist sowohl hohe Zuwachsraten als auch hohe Abnahmeraten auf. Auch im Hamburger Ring und in der Holsteinischen Schweiz scheint, bei Betrachtung der Veränderungsdaten, der Fremdenverkehr im allgemeinen anfälliger als in den Seebädern zu sein.

Interessant ist auch, wie sich der Fremdenverkehr in den einzelnen Gemeindegruppen auf Beherbergungsbetriebe und Privatquartiere aufteilt. In Großstädten hatten die Privatquartiere von den dort registrierten 587 000 Übernachtungen einen Anteil von 3%. In den Heilbädern schnitten die Privatvermieter mit 11% (= 80 000) etwas besser ab. In den "Sonstigen Berichtsgemeinden", wo 940 000 Übernachtungen registriert wurden, entfielen ebenfalls 10% auf Privatvermieter. In den Seebädern dagegen dominierten die Privatquartiere. In den Nordseebädern brachten sie es auf einen Anteil von 55%, an der Ostsee waren sie sogar mit 60% beteiligt.

Ein Sanatoriumsaufenthalt dauert 32 Tage

Auf die Frage, wie lange sich die Gäste in den einzelnen Betriebsarten und den verschie-

denen Gemeindegruppen aufgehalten haben, gibt der folgende Abschnitt Auskunft. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Hotels betrug - über alle Gemeinden gerechnet - 3 Tage, in Gasthäusern einen Tag länger. In Pensionen, Privatquartieren und Erholungsheimen blieben die Gäste im Durchschnitt 14 Tage, in Sanatorien sogar 32 Tage. Nach Gemeindegruppen aufgegliedert, ergibt sich ebenfalls ein differenziertes Bild. Im Sommer 1970 hielten sich die Gäste in Großstädten im Durchschnitt 2 Tage auf. Maßgebend für diese niedrige Zahl ist der verhältnismäßig hohe Anteil der Berufsreisenden, die sich zwangsläufig nur selten länger als einen Tag aufhalten, und die Gepflogenheit vieler Reisenden von und nach Skandinavien, in Kiel und Lübeck Zwischenstation zu machen. Die 2 Übernachtungen in den "Sonstigen Berichtsgemeinden" lassen sich ebenfalls mit dem Vorherrschen des Berufsreiseverkehrs erklären. In Luftkur- und Erholungsorten betrug die durchschnittliche Verweildauer 8 Tage. Dieser relativ lange Aufenthalt deutet darauf hin, daß hier der Erholungsreiseverkehr überwiegt. Ebenso beruht der Aufenthalt von 12 Tagen an der Ostsee und 15 Tagen an der Nordsee an dem hohen Anteil des Erholungs- am Gesamtreiseverkehr. Die Aufenthaltsdauer in Heilbädern von durchschnittlich 11 Tagen wird dagegen durch die verhältnismäßig lange Zeit geprägt, die Genesungsprozesse und Kuren erfordern.



Im Winterhalbjahr verkürzt sich aus naheliegenden Gründen die Aufenthaltsdauer. Immerhin verzeichneten die Heilbäder im Winterhalbjahr 1969/70 noch 12 Tage und auch in den Nordseebädern blieben die Gäste mit durchschnittlich 10 Tagen auch noch verhältnismäßig lange. Dagegen verringerte sich die Aufenthaltsdauer in den Ostseebädern um 8 Tage recht deutlich. Auch in den Luftkurorten macht sich das Abklingen des

Erholungsreiseverkehrs bemerkbar. Gegenüber dem Sommer verringerte sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer um 4 Tage. Dagegen haben - wie aus den Statistiken hervorgeht - die Jahreszeiten auf die Aufenthaltsdauer in Großstädten und in den "Sonstigen Berichtsgemeinden" keinen Einfluß.

Beste Auslastung der Betten in den Sanatorien

Neben dem Umfang des Fremdenverkehrs ist für die Anbieter von Unterkünften der Grad der Kapazitätsauslastung - definiert als das Verhältnis von tatsächlichen Übernachtungen zu möglichen Übernachtungen - von besonderem Interesse. Hier zeigen sich einmal zwischen den Gemeindegruppen und zum anderen zwischen den Betriebsarten einschließlich der Privatquartiere recht erhebliche Unterschiede. So verzeichneten im Berichtsjahr 1969/70 die Sanatorien eine Kapazitätsauslastung von 92%. Diese überdurchschnittliche Auslastung ist auf die gleichmäßig hohe Zahl der Übernachtungen in allen Monaten des Jahres zurückzuführen. Auf den Einfluß der Jahreszeit auf die Kapazitätsauslastung wird weiter unten noch ausführlich eingegangen. In Gasthäusern dagegen waren - über das ganze Jahr gerechnet - die Betten nur zu 23% belegt. Zwischen diesen Extremen lag der Nutzungsgrad in den anderen Beherbergungsstätten. Auf einen Auslastungsgrad von 40% kamen Erholungs- und Ferienheime. Hier spielt ohne Zweifel eine Rolle, daß die Heimleitungen die Verteilung der Übernachtungen beeinflussen können. In den Hotels war im Durchschnitt jedes 3. Bett belegt. In Privatquartieren sowie in Fremdenheimen und Pensionen war die Belegung mit 25% bzw. 28% etwas schwächer als in den Hotels. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die angegebenen Auslastungsgrade Durchschnittswerte darstellen. Die Auslastungsgrade wichen nämlich einmal innerhalb einer Betriebsart, also z. B. von Hotel zu Hotel, erheblich voneinander ab. Zum anderen wiesen auch die Auslastungsgrade von Gemeindegruppe zu Gemeindegruppe beträchtliche Unterschiede auf. Wie aus der dritten Tabelle hervorgeht, haben Heilbäder und Großstädte die günstigste Auslastung. Außerdem schwankt die Belegung der Betten innerhalb einer Gemeindegruppe noch von Betriebsart zu Betriebsart und auch einzelne Betriebe haben häufig eine überdurchschnittliche Auslastung. Erwähnenswert ist noch, daß außer den Erholungsheimen und Sanatorien nur Hotels in allen Gemeindegruppen auf mehr als 100 Übernachtungen je Bett und Jahr kamen. In Erholungsheimen und Sanatorien waren die Betten teilweise erheblich mehr als 100 Tage belegt.

Streng genommen müßte bei der Berechnung der Kapazitätsauslastung berücksichtigt werden, daß in den Seebädern die Mehrzahl der Betriebe im Winterhalbjahr geschlossen ist, zu dieser Zeit also keine Betten angeboten werden. Das gilt in besonderem Maße für Privatquartiere.

Durchschnittlicher Nutzungsgrad der Betten im Jahr 1969/70 nach Gemeindegruppe und Betriebsart in %

Gemeindegruppe	Hotels	Gasthäuser	Pensionen	Erholungsheime	Sanatorien	Privatquartiere	Insgesamt
Großstädte	48,2	36,5	60,2	-	-	33,3	47,8
Heilbäder	41,0	20,0	47,1	57,1	96,1	33,2	51,8
Luftkur- und Erholungsorte	29,2	21,3	25,6	48,1	91,3	21,7	27,2
Nordseebäder	32,1	26,9	30,5	36,6	90,9	24,7	28,2
Ostseebäder	29,4	21,3	23,9	41,3	93,8	25,2	25,9
Sonstige Berichtsgemeinden	37,1	23,3	19,1	31,8	64,7	13,0	29,4
Insgesamt	34,1	23,1	28,0	40,0	92,4	24,5	28,1

Ausgeprägter Saisonverlauf in den Seebädern

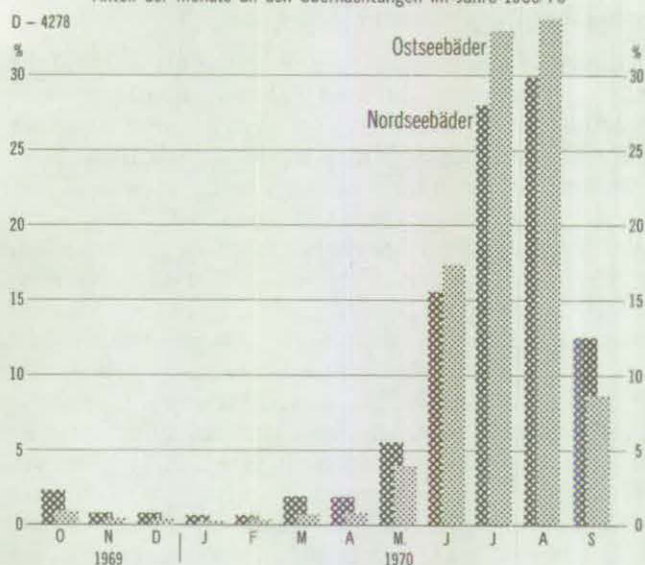
Ausschlaggebend für die relativ geringe Belegung der Betten in Privatquartieren, Gasthäusern und Fremdenheimen einerseits sowie in Nordsee- und Ostseebädern, in den "Sonstigen Berichtsgemeinden" und Luftkurorten andererseits ist die Konzentration des Fremdenverkehrsgeschehens auf wenige Monate des Jahres. Für die Seebäder sind die Monate Juni, Juli, August und September die Hauptmonate. An der Nordsee entfielen 86% aller im Jahr 1969/70 registrierten Gästeübernachtungen auf diese 4 Monate. Auf Juli und August allein entfielen 58%. An der Ostsee ist die Konzentration auf die reinen Sommermonate noch stärker. Zwei Drittel aller Übernachtungen entfielen hier auf Juli und August. Juni und September waren mit 26% beteiligt. Bei einem Vergleich der Kapazitätsauslastung in den Nord- und Ostseebädern schneiden die Nordseebäder also etwas besser ab. Offensichtlich gestattet das Klima an der Nordsee, den Urlaub auf die Vor- und Nachsaison zu legen, ohne daß hierunter die Erholung leidet.

In den Luftkur- und Erholungsorten liegen 77% aller Übernachtungen in den Monaten Juni bis September. Die Abschwächung der Saison gegenüber den Seebädern beruht darauf, daß der Berufsverkehr hier stärker zum Tragen kommt.

Dadurch, daß der Urlaubsverkehr in den "Sonstigen Berichtsgemeinden" verhältnismäßig gering ist, verteilt sich die Zahl der

Der Saisonverlauf in den Nord- und Ostseebädern

Anteil der Monate an den Übernachtungen im Jahre 1969/70



Wenig ausgeprägt ist auch der Saisonverlauf in den zwei Großstädten. Dadurch konnten z. B. Hotels dort jedes zweite Bett belegen. Das liegt aber auch daran, daß die Nachfragesituation - bedingt durch den hohen Anteil des Berufsreiseverkehrs - in Großstädten besonders günstig ist.

Die Konzentration des Fremdenverkehrs auf wenige Monate im Jahr kommt auch in den monatlichen Übernachtungszahlen der Beherbergungsstätten zum Ausdruck. Für die Beherbergungsstätten lag der Höhepunkt der Fremdenverkehrssaison im Berichtsjahr 1969/70 mit 5,3 Mill. Übernachtungen (= 29%) im August. Der Juli stand dem August mit 5,1 Mill. (= 28%) Übernachtungen nur wenig nach. Es folgten der Juni mit 2,8 Mill. (= 15%) und der September mit 1,9 Mill. Übernachtungen (= 10%). Auf die Monate des Sommerhalbjahres insgesamt entfielen 90% aller Übernachtungen.

Karlheinz König

Vergleiche auch: "Teil I: Die Beherbergungskapazität" in Stat. Monatsh., S.-H. 1971, S. 124 (Juli)

Übernachtungen in dieser Gruppe wesentlich gleichmäßiger auf alle Monate des Jahres als z. B. in den Seebädern. Noch gleichmäßiger werden die Betten in den Heilbädern belegt.

Einkommens- und Verbrauchsstichproben

1969/70 wurde die zweite Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Rahmen der amtlichen Statistik durchgeführt, nachdem die erste 1962/63 stattgefunden hatte. Gesetzliche Grundlage beider Erhebungen war das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18).

Die ersten Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hatten sozialpolitischen Charakter; sie beschäftigten sich mit Haushalten als Objekten einer vorhandenen oder angestrebten Sozialpolitik. Diese Einzeluntersuchungen und städtestatistischen Erhebungen führten u. a. zum sogenannten Schwabeschen und Engelschen Gesetz, erwiesen sich also durchaus als leistungsfähig und mündeten schließlich in die umfassenden Erhebungen des Statistischen Reichsamtes von 1907 (Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich), 1927 (Wirtschaftsrechnungen von Beamten und Angestelltenhaushalten) und 1937 (Wirtschaftsrechnungen von Arbeiterhaushalten mit geringem Einkommen)¹.

Mit den drei genannten Großerhebungen war bereits das Prinzip der Gewinnung repräsentativer Daten für bestimmte, exakt abgegrenzte oder beschriebene Bevölkerungsgruppen eingeführt und erprobt worden, das auch für die Strukturuntersuchungen nach dem 2. Weltkrieg beibehalten wurde. Die erste dieser Art fand ein Jahr nach der Währungsreform von 1948 bei etwa 1 000 Haushalten für die Dauer eines Jahres statt. Ihr folgten mehrere gleichartige Erhebungen für verschiedene begrenzte Bevölkerungsgruppen (z. B. 1951/52 Haushalte von Renten- und Fürsorgeempfängern, 1953 Haushalte von Bauern und Landarbeitern, 1957/58 Haushalte von Arbeitern im Kali- und Steinsalzbergbau, 1958/59 Haushalte von Arbeitern im Braunkohlenbergbau).

Nunmehr ging man zur laufenden Beobachtung bestimmter Gruppen von Haushalten über, und zwar wurden zunächst zwei Haushaltstypen mit geringem und mittlerem Einkommen, ab 1964 ein dritter mit höherem Einkommen einbezogen. Dadurch war man in die Lage versetzt, nicht nur den Stand der Lebenshaltung der betreffenden Haushalte, ihre Verbrauchsstruktur und ihre Rolle als Käufer und Verbraucher von Waren und Dienstleistungen zu einem bestimmten Zeit-

¹) Zur Geschichte der Statistik der Wirtschaftsrechnungen vergleiche Statistisches Bundesamt "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen", Reihe 18, "Aufgabe, Methode und Durchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63", Seite 6 ff.

punkt zu erkennen, sondern auch in einer Zeitreihenanalyse nachzuweisen, wie Einkommen, Verbrauch und Ersparnisse der Haushalte miteinander verknüpft sind und sich bei Einkommensänderungen und Preisbewegungen verhalten. Dabei haben die Ergebnisse dieser laufenden Wirtschaftsrechnungen gegenüber größeren einmaligen Erhebungen den Vorzug, daß sie kurzfristig aufbereitet und veröffentlicht werden können.

Aus der Erkenntnis heraus, daß in der freien und sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland dem privaten Verbrauch erhöhte Bedeutung zukommt, wurde in dem eingangs genannten Gesetz gleichzeitig die Rechtsgrundlage dafür geschaffen, in größeren zeitlichen Abständen eine alle Bevölkerungsgruppen umfassende Erhebung über Einkommenserzielung und -verwendung der privaten Haushalte durchzuführen. Erst die Verbindung der laufenden Wirtschaftsrechnungen mit diesen sogenannten Einkommens- und Verbrauchsstichproben vermag der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die erforderlichen Erkenntnisunterlagen für die bestimmenden Faktoren des Verbrauchs und seiner Abhängigkeit von Einkommen, Größe und sozialer Schicht des Haushalts zu vermitteln. Sie ermöglicht die genaue Gliederung des privaten Verbrauchs nach Verwendungszwecken, Dauerhaftigkeit und Wert der Güter sowie seine Darstellung nach Käuferschichten und läßt Rückschlüsse auf Konsumgewohnheiten spezifischer Haushaltsschichten und auf ihre voraussichtliche Reaktion bei Einkommensänderungen zu.

Von der Sache und der geschichtlichen Entwicklung her haben also unsere Wirtschaftsrechnungen und Einkommens- und Verbrauchsstichproben sowohl sozialpolitischen, als auch wirtschaftspolitischen Charakter. Um beiden Erhebungszielen gerecht zu werden, wird eine zweigleisige Erhebungsmethode angewandt. Im Vordergrund der Beobachtung der Ausgabenseite der Haushaltsbudgets steht die exakte Erfassung der "Marktentnahme" der Haushalte, die sich in Käufen von Waren und Dienstleistungen ausdrückt. Dieses Konzept, lückenlos durchgeführt, paßt sich am ehesten den Erfordernissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung an, bleibt aber vom sozialpolitischen Standpunkt aus unbefriedigend. Denn sozialpolitisch gesehen sind Waren und Dienstleistungen Mittel der Bedürfnisbefriedigung eines Haushalts und können anderen Bezugsquellen als dem Wirtschaftsmarkt entstammen, indem sie nämlich den Haushalten vom Staat, von den Unternehmen als Arbeitgeber oder von den Hilfsorganisationen ohne Erwerbscharakter zur Verfügung gestellt werden. Zur Erfassung

dieser Tatbestände und Vorgänge erscheint das sogenannte "Verbrauchs- oder Versorgungskonzept" besser geeignet.

Anders ausgedrückt: jeder Haushalt lebt nicht nur von seiner Marktentnahme, sondern verbraucht eine Anzahl von Waren und Dienstleistungen, die er nicht oder verbilligt dem Markt entnimmt, während ein anderer den Differenzbetrag für ihn bezahlt; er kann sie auch durch Eigenproduktion erwirtschaften oder als Geschenk bekommen. Das bedeutet, daß der Statistiker, der das reine Marktentnahmeprinzip anwendet, einen mehr oder weniger großen Teil des Haushaltsverbrauchs nicht erfaßt. Der Haushalt, der z. B. seine Kinder auf öffentliche Schulen oder Lehranstalten schickt, nimmt kostspielige Dienstleistungen in Anspruch, die nicht am Gütermarkt angeboten werden und daher im Sinne des Marktentnahmeprinzips nicht erfaßt werden können, wengleich sie Teil seiner Bedürfnisbefriedigung sind und bei Anwendung des Verbrauchsprinzips registriert werden müßten. Wer als Arbeitnehmer am Kantinenessen oder Betriebsausflug teilnimmt und dafür nichts oder nur einen Teil der Kosten selbst bezahlt, verbraucht zwar zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung, tritt aber nicht oder nur teilweise am Markt als Bezieher von Waren oder Dienstleistungen in Erscheinung. Das gleiche gilt für den Haushalt, bei dem Deputate eines Haushaltsmitglieds in den Verbrauch eingehen oder der für eines seiner Mitglieder pflegerische Leistungen karitativer Verbände erhält, denn beides verbraucht er nicht im Wege der Marktentnahme. Daß eine Verbrauchsstatistik, wenn sie ausschließlich auf die Marktentnahme abgestellt ist, auch die im Haushalt verbrauchte Eigenproduktion und insbesondere die Dienstleistungen der Hausfrau ebenso wie die Waren außer Acht lassen muß, die als Geschenke in seine Verwendung gelangen, erscheint nach dem bisher Gesagten selbstverständlich. Der Statistiker hat sich also von vornherein darüber klar zu werden, welches Konzept er einer Erhebung zugrunde legen muß, wenn die Ergebnisse der vorgegebenen Zielsetzung entsprechen sollen.

Da sich nun das eine Prinzip als nicht ausreichend im Sinne der statistischen Zielsetzung bundesdeutscher Einkommens- und Verbrauchsstichproben erweist, dem anderen aber unüberwindliche erhebungstechnische Schwierigkeiten entgegenstehen, ist es durch Kompromiß zu einer Kombination des Marktentnahmeprinzips mit bestimmten Teilen des Verbrauchsprinzips gekommen. Dadurch läßt sich einerseits die Nachfrage der Haushalte am Markt eindeutig nachweisen, auch können die Bestimmungsgründe der

Nachfrage einzelner Haushaltsschichten herausgearbeitet werden, andererseits sind damit aber die Voraussetzungen für sozialpolitische Überlegungen gegeben, da vor allem bei den unteren Einkommenschichten die Diskrepanz zwischen ihrer Marktentnahme und ihrem Verbrauch bis zu einem gewissen Grade sichtbar wird. Weil zusätzlich bei jeder Erhebung aus methodischen Gründen zahlreiche Angaben über die Sozialstruktur der Haushalte anfallen - so über den Besuch höherer Schulen durch die Kinder, über die Unterbringung in Wohnungen bestimmter Art, über die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern -, stellen die Einkommens- und Verbrauchsstichproben ein ergiebiges Reservoir für sozialpolitisch bedeutsame Analysen, Gruppenuntersuchungen und Vergleiche dar.

Unter den Bundesstatistiken dominieren der Zahl und den Kosten nach die Statistiken, die sich mit der Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts beschäftigen, während seine Verteilung im Hintergrund der statistischen Betrachtung steht. Natürlich hat auch im Rahmen der Wirtschaftsrechnungen der Begriff des Vermögens sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite bereits eine Rolle gespielt, aber immer nur zur Bestimmung der Einkommensquellen und der Zwecke seiner Verwendung. Erstmals in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1962/63 wurde die Ersparnisbildung privater Haushalte aller sozialer Schichten und Haushaltsgrößen untersucht, um die Einkommensverteilung genauer zu durchleuchten. Die befragten rund 43 000 Haushalte hatten Angaben über den Bestand an Wertpapieren, Geschäftsanteilen, Sparbüchern, Bausparverträgen sowie Lebens- und Aussteuerversicherungsverträgen zu machen; Höhe und Entstehungsart des angesammelten Vermögens wurden nicht gefragt. Das gesamte Sachvermögen, insbesondere Haus- und Grundbesitz, und das im eigenen Betrieb investierte Vermögen sowie die Bestände an Bargeld und Forderungen blieben außer Betracht.

Im sogenannten Schlußinterview der jüngsten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, das Anfang 1970 bei rund 48 000 Haushalten stattfand, wurde die Befragung nach den Vermögensbeständen auf den Haus- und Grundbesitz ausgedehnt und eine Befragung nach der Höhe der Guthaben bei Banken und Sparkassen, nach der Höhe der Versicherungssummen und der angesparten Beträge bei noch nicht ausgezahlten Bausparverträgen, nach dem Tageswert von Wertpapieren, nach der Höhe der Versicherungssummen und nach den Einheitswerten bei Haus- und Grundbesitz angegliedert. Ferner wurden Sparanlagen im

Rahmen des Zweiten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (312-DM-Gesetz) erfaßt. Um die Auskunftsbereitschaft und -fähigkeit der Haushalte nicht zu überfordern und die Interviewer nicht durch Bewertungsfragen über das zumutbare Maß hinaus zu belasten, wurde auch diesmal auf Angaben über den Zeitwert des Betriebsvermögens, des sonstigen privaten Sachvermögens (Hausrat, Schmuck, Kunstgegenstände usw.), der Ansprüche gegenüber Sozialversicherung, betrieblicher Altersversorgung, Schuldnern von Leibrenten usw. verzichtet. Alle erfragten Angaben wurden in Verbindung gesetzt zur sozialen Schicht der Haushalte, zur Haushaltsgröße, zum Haushaltstyp (Alleinstehende, Ehepaare ohne und mit Kindern, Sonstige), zum monatlichen Haushaltseinkommen und zum Alter des Haushaltsvorstandes und ergaben somit eine Fülle von Schicht- und Streuungstabellen von vermögenspolitischer Relevanz.

Damit hat sich bei den Einkommens- und Verbrauchsstichproben die statistische Beobachtungsweise und Zielsetzung verändert: der Akzent verlagerte sich von der bloßen Erfassung der Vermögensbestände privater Haushalte auf die Analyse der Vermögensverteilung und ihrer Entwicklung. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist über ihre bisherigen Aufgaben im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik hinaus zu einem Indikationsinstrument der immer vordringlicher werdenden Gesellschaftspolitik gewachsen. Wenn im Zuge einer zeitgemäßen bundesdeutschen Gesellschaftspolitik eine fundierte und gezielte Vermögenspolitik betrieben werden soll, die die Vermögensbildung in breiten Bevölkerungsschichten - vor allem in Arbeitnehmerhand - bei gleichzeitiger erleichteter Kapitalbildung in der Wirtschaft verfolgt, wird allerdings das statistische Instrumentarium der Vermögensverteilung noch beträchtlich erweitert werden müssen.

Das kann, wie sich aus den vorangegangenen Ausführungen ergibt, einmal durch Ausfüllung von Lücken der Einkommens- und Verbrauchsstichproben geschehen, soweit nicht erhebungstechnische und psychologische Grenzen gezogen sind. Die Lücke bei der Erfassung der Besitzer großer Vermögen, die wegen des freiwilligen Charakters der Einkommens- und Verbrauchsstichproben besteht, ließe sich auf primär-statistischem Wege nur durch eine spezielle Vermögensstichprobe schließen, die mit Auskunftspflicht ausgestattet wäre und die Haushalte an der Spitze der Vermögenspyramide mit entsprechend hohen Auswahlätzen erfassen würde². Zum anderen müßten im Hinblick auf

2) Vergleiche Kunz in seinem Beitrag zur 19. Tagung des Statistischen Beirates am 12./13. 5. 1971

die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital Art und Höhe der Ansprüche privater Haushalte gegen die Passivseite der Unternehmensbilanzen nicht nur bei den Aktiengesellschaften, sondern bei allen Unternehmungen statistisch sichtbar gemacht werden. Unter Einbeziehung des Vermögens von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und der öffentlichen Haushalte könnte schließlich ein System gesamtwirtschaftlicher Vermögensrechnungen aufgebaut werden, das die Anteile sämtlicher Verbrauchseinheiten am Vermögen der bundesdeutschen Volkswirtschaft darstellt. Bausteine hierfür ergeben sich aus einer Vielzahl amtlicher Statistiken, deren Methoden und Ergebnisse jedoch koordiniert und auf derartige Anforderungen ausgerichtet werden müßten.

Die Situation ist im übrigen in den meisten uns vergleichbaren Industrieländern ähnlich³. Bezeichnenderweise liegen zur Zeit auch noch keine Empfehlungen oder Konzepte der inter- oder supranationalen Organisationen über Definition und Gliederung gesamtwirtschaftlicher Vermögensrechnungen vor. Zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zur Verbesserung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten haben die EGKS, die EWG und Euratom bisher lediglich Untersuchungen über Umfang und Struktur der Ausgaben und des Verbrauchs der Haushalte angestellt. Zu diesem Zweck war die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 so breit angelegt worden, daß die von der EWG berührten Fragenkomplexe ohne größere Schwierigkeiten herausgelöst werden konnten. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

1969 blieb auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt; die nächste Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist für 1973 geplant und wird zugleich Bestandteil einer entsprechenden EWG-Statistik sein. Bei dem anhaltenden Interesse an Fragen der Vermögensverteilung ist anzunehmen, daß die Vermögensprobleme wieder in das Erhebungsprogramm aufgenommen werden.

Die Deutsche Bundesbank hat ein Rechenwerk über die wirtschaftliche und sozio-ökonomische Verteilung der Vermögen in der BRD erstellt, dessen Bestandsrechnung finanzieller Vermögenswerte, d. h. die Gläubiger- und Schuldnerposition der wichtigsten volkswirtschaftlichen Sektoren, unmittelbar vor der Vollendung steht, während die Erfassung der Bestände von Sach- und Geldvermögen erst projektiert ist⁴. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat in einer Broschüre "Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland" ebenfalls einen Anfang gemacht, das vorhandene statistische Material zusammenzutragen und bekanntzugeben.

Um den Lesern der Monatshefte einen Eindruck von der Bedeutung der Einkommens- und Verbrauchsstichproben zu geben, sollen die vom Statistischen Bundesamt erarbeiteten und veröffentlichten Ergebnisse der Erhebung von 1969 soweit sie in der Reihe 18 der Serie "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen" und in der Zeitschrift "Wirtschaft und Statistik" erschienen sind, in einer gerafften Bearbeitung in den folgenden Heften wiedergegeben werden.

Dr. Georg Goldmann

3) Vergleiche Dr. G. Hamer a. a. O.

4) Vergleiche Bub a. a. O.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSCHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

23. Jahrgang . Heft 9 . September 1971

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
				Monats- durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 567 ⁺
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen	Anzahl	1 785	1 548	1 859	1 848	2 100	1 544	1 800
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	7,2	8,5	7,5	9,6	7,2	8,2
*Lebendgeborene	Anzahl	3 726	2 930	3 108	3 363	3 076	2 875	2 949
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	18,5	13,7	14,3	13,7	14,1	13,5	13,4
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 749	2 671	2 976	2 564	2 685	2 699
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	12,8	12,3	12,1	11,8	12,6	12,2
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	75	65	69	66	66	60	59
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,2	22,2	22,2	19,6	21,5	20,9	20,0
*Überschuß der Geborenen	Anzahl	1 231	181	437	387	512	190	250
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	0,8	2,0	1,6	2,4	0,9	1,1
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 382	9 583	6 403	9 118	9 957
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 381	7 119	4 639	5 685	6 699
*Wanderungsgewinn	Anzahl	1 543	2 001	2 464	1 764	3 433	3 258
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	9 641	9 788	9 873	5 759	9 145	10 513
Wanderungsfälle	Anzahl	23 487	24 551	26 575	16 801	23 948	27 169
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	164	161	167	92	152	177
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	8	8	6	5	5	8	6	6	6
darunter *Männer	1 000	6	5	3	2	3	4	3	3	3
Offene Stellen	1 000	19	24	29	29	26	26	26	25	23
darunter für Männer	1 000	10	15	17	17	16	15	15	14	14
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 379 ^a	1 407 ^a	.	1 531	.	.	.	1 478	.
darunter *Milchkühe	1 000	505 ^a	496 ^a	.	495	.	.	.	472	.
*Schweine	1 000	1 701 ^a	1 774 ^a	.	1 819	.	.	.	1 764	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	169 ^a	183 ^a	.	187	.	.	.	180	.
darunter *trächtig	1 000	103 ^a	112 ^a	.	119	.	.	.	113	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	21	34	35	25	32	30	26	30	31
*Kälber	1 000 St.	3	3	3	3	3	4	3	3	...
*Schweine	1 000 St.	156	200	184	182	187	197	184	203	203
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	11 ^b	9 ^c	3	3	3	6	5	4	3
*Schlachtungsmengen ²⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	17,7	25,9	25,2	22,3	24,4	23,1	21,3	24,1	23,6
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	4,8	8,3	8,7	5,9	7,4	7,4	6,3	7,5	7,3
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1
*Schweine	1 000 t	12,6	17,4	16,3	16,2	16,8	15,4	14,7	16,3	16,2
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	238	241	248	240	237	247	240	248	237
Kälber	kg	61	61	58	64	67	64	68	68	71
Schweine (ab Jan. 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	87	91	90	90	91	81	82	82	81
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ³⁾										
*für Legehennenküken	1 000	523	497	487	394	438	679	585	512	509
*für Masthühnerküken	1 000	403	911	1 007	897	1 055	973	992	818	880
*Geflügelfleisch ⁴⁾	1 000 kg	302	803	775	820	695	345	617	805	894
*Milcherzeugung										
1 000 t		169	178	237	223	196	225	244	215	192
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	90	92	93	93	93	92	93	93	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,6	15,2	14,7	12,5	15,2	16,0	14,5	12,5

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) vorläufiges Ergebnis (Fortschreibung der Wohnbevölkerung auf den 26.5.1970 = Tag vor der Volkszählung)

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18

c) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	
Industrie und Handwerk										
Industrie⁵⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	178	191	190	191	192	191	190	190	...
darunter *Arbeiter 6)	1 000	140	145	144	144	146	144	143	142	...
*Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	23	24	24	24	24	24	23	23	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	98,8	157,2	151,2	157,4	169,9	169,9	166,8	176,3	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	37,5	66,6	63,0	66,6	68,3	71,6	72,7	74,5	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁷⁾	54	33	35	28	27	29	34	29	...
*Gasverbrauch	1 000 cbm	8 869 ^{d)}	23 914	24 961	23 483	21 819	27 543	25 129	24 228	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	77	95	89	89	87	95	85	87	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	118	157	157	157	151	162	159	160	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	39	37	35	33	30	30	...
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁸⁾	Mill. DM	746	1 070	1 008	1 097	1 057	1 197	1 067	1 215	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	92	144	134	187	127	137	132	145	...
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)	1962=100	116	162	187	163	150	185	183	184	...
Steine und Erden		115	144	176	197	180	161	192	199	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		114	123	139	127	75	121	117	107	...
Chemische Erzeugnisse		209	455	640	410	497	658	513	670	...
Papiere und Pappen		110	147	134	141	143	127	117	138	...
Stahlbauerzeugnisse		120	191	219	178	173	208	217	187	...
Maschinenbauerzeugnisse		108	140	162	138	122	150	148	151	...
Wasserfahrzeuge		110	152	172	148	126	164	163	149	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		121	287	291	286	225	370	376	381	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		130	136	186	121	125	154	184	160	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		141	208	(232)	(228)	(195)	193	197	172	...
Druckereierzeugnisse		115	252	317	242	213	317	315	299	...
Textilien		110	115	129	136	94	138	140	148	...
Bekleidung		101	106	125	66	84	108	111	83	...
Süßwaren		109	83	76	68	47	85	83	72	...
Milch und Milcherzeugnisse		109	119	168	147	119	154	170	142	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		134	188	213	181	168	181	186	174	...
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie		107	126	174	160	141	154	162	155	...
Handwerk (Meßziffern)⁹⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1962=100	.	96	.	96	.	.	.	94	.
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj. -D 1962=100	.	151	.	138	.	.	.	160	.
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	.	155	.	137	.	.	.	163	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	141	219	190	183	159	224	247	235	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	279	449	402	379	394	469	431	431	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	20	16	13	10	10	19	13	11	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	67 971	62 480	63 135	63 551	64 255	61 849	61 888	61 979	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 534	8 238	9 874	10 513	10 104	9 234	9 206	9 693	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 960	3 414	4 032	4 337	3 995	3 921	3 942	4 184	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 978	3 616	4 437	4 682	4 665	3 653	3 690	3 923	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	50,0	66,1	79,9	85,0	82,8	77,4	82,8	87,2	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	4,1	7,0	6,9	6,8	7,3	7,3	7,5	7,8	...
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	147,6	176,7	126,9	158,5	189,5	165,0	170,2	216,6	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

10) nach der Totalerhebung hochgerechnet

d) ohne Erdgas und Erdölgas

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	884	1 014	1 011	1 168	990	948	1 173	1 240
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	...	787	887	915	1 023	883	853	1 072	1 145
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	911	1 025	1 158	1 253	957	1 185	1 296	1 185
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	95 521	115 158	126 807	149 868	156 308	133 324	187 370	175 371	167 455
*Wohnfläche	1 000 qm	171	174	192	227	241	180	212	255	228
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
Anzahl		169	181	206	214	229	148	152	164	174
*umbauter Raum	1 000 cbm	461	794	1 020	932	840	568	670	1 085	846
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	33 344	75 158	137 221	90 218	78 756	56 627	56 557	74 066	93 147
*Nutzfläche	1 000 qm	89	142	183	163	162	107	120	163	159
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)										
Anzahl		2 535	2 357	2 462	3 825	3 164	2 303	2 932	3 593	3 266
Baufertigstellungen										
Wohnungen 11)	Anzahl	2 447	1 837	646	1 039	723	810	971	948	1 285
Wohnräume	Anzahl	10 214	7 782	2 758	4 079	3 160	3 760	4 087	4 139	5 700
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	113,3	180,5	152,9	182,2	228,5	179,8	161,6	198,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,2	23,8	19,1	22,6	21,9	29,5	20,6	32,5	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	101,1	156,7	133,8	159,6	206,7	150,3	141,0	165,5	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	2,9	3,9	3,3	4,2	3,5	3,6	3,0	2,6	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,3	12,8	15,1	13,1	15,4	9,6	12,8	12,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	88,9	140,1	115,4	142,3	187,8	137,0	125,3	150,0	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	5,9	14,3	13,6	15,5	15,1	16,1	14,9	16,8	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	82,9	125,8	101,8	126,8	172,8	120,9	110,4	133,2	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	25,8	54,2	49,1	52,7	55,9	67,0	53,7	61,1	...
darunter Italien	Mill. DM	6,6	14,8	15,6	13,3	14,9	13,1	13,4	17,1	...
Niederlande	Mill. DM	9,0	18,9	15,8	17,6	19,6	22,5	16,9	19,1	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	43,9	55,3	39,7	45,3	99,4	49,6	54,1	62,3	...
darunter Dänemark	Mill. DM	9,6	11,2	7,9	11,0	15,7	14,6	20,0	26,0	...
Großbritannien	Mill. DM	5,2	12,7	8,1	10,5	6,9	7,6	6,9	10,8	...
Norwegen	Mill. DM	12,7	8,5	4,3	4,5	55,5	2,9	4,1	3,3	...
Schweden	Mill. DM	6,8	8,8	8,4	7,8	7,2	10,1	9,2	9,2	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951	32 072	31 282	33 168	32 242	31 175	30 370	29 609	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 510	36 673	32 723	29 692	29 764	31 373	30 740	31 995	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)										
1962=100	
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)										
1962=100	
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	160	189	200	319	492	p 137	p 205	p 308	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	20	28	57	p 20	p 22	p 26	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 514	957	2 782	5 101	p 528	p 1 040	p 2 873	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	41	35	56	125	p 33	p 38	p 58	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	867	1 329	1 268	1 442	1 648	1 268
Güterversand	1 000 t	415	547	557	555	609	511
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	217	259	258	300	289	267	252	281	253
*Güterversand	1 000 t	354	373	442	446	462	410	385	430	457
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter										
Kraftfahrzeuge (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	24	42	56	49	80	60	55	...
*Personenkraftwagen 12)	Anzahl	4 982	6 925	8 279	8 159	7 988	9 051	8 590	8 418	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	393	502	660	613	540	562	512	571	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 044	1 404	1 470	1 571	1 687	1 222	1 597	p 1 642	p 1 712
*Getötete Personen	Anzahl	56	74	79	85	78	66	80	p 77	p 104
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 933	2 068	2 182	2 464	1 643	2 213	p 2 313	p 2 368

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt			Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹³⁾										
*Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	8 273	16 502	15 435	15 623	15 627	17 058	17 253	17 495	17 589
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968: bis zu 1 Jahr) darunter	Mill. DM	2 076	3 469	3 243	3 392	3 268	3 688	3 856	4 028	3 972
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 426	3 216	3 363	3 238	3 663	3 832	4 004	3 950
*mittelfristige Kredite ¹⁴⁾ (ab Dezember 1968: 1 bis 4 Jahre) darunter	Mill. DM	661	1 343	1 130	1 135	1 159	1 371	1 358	1 388	1 392
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 277	1 084	1 090	1 114	1 298	1 285	1 315	1 321
*langfristige Kredite ¹⁴⁾ darunter	Mill. DM	5 536	11 690	11 062	11 095	11 200	11 999	12 039	12 079	12 225
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 689	10 152	9 630	9 662	9 739	10 389	10 427	10 448	10 562
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	5 053	11 288	10 365	10 324	10 507	11 647	11 806	11 767	11 924
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill. DM	1 875	5 478	4 967	4 919	5 108	5 681	5 831	5 765	5 910
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 870	3 426	3 432	3 627	3 993	4 110	4 100	4 266
*Spareinlagen darunter	Mill. DM	3 178	5 810	5 399	5 405	5 399	5 966	5 975	6 002	6 015
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 686	3 449	3 449	3 437	3 758	3 760	3 766	3 767
*Gutschriften auf Sparkonten, (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	294	212	241	353	275	246	306	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	274	212	235	360	252	236	280	...
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	24	0,2	0,4	1,3	0,2	0,3	0,4	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse	Anzahl	8	12	11	16	9	12	15	14	4
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	-	1	2	-	2	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	778	449	595	556	604	378	424	413	...
*Wechselsumme	Mill. DM	0,935	1,136	1,622	1,913	1,719	0,947	1,826	1,274	...
Steuern										
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	224 810	155 539	293 928	199 381	210 641	163 747	330 082	255 176
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072	152 308	92 426	221 686	98 123	105 284	91 390	251 399	138 219
*Lohnsteuer	1 000 DM	43 631	97 946	84 282	74 219	85 658	93 309	92 119	99 598	113 234
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	41 819	40 050	6 647	118 979	7 426	10 265	- 294	120 438	17 715
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 613	992	2 066	3 808	180	1 472	2 145	2 879
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	12 699	505	26 422	1 231	1 530	- 1 907	29 218	4 392
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	72 265	63 113	72 242	69 446	70 164	72 357	78 683	83 588
*Umsatzsteuer	1 000 DM	48 411	52 564	43 959	52 209	50 818	48 154	53 318	53 648	60 134
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	4 725	19 701	19 154	20 033	18 628	22 010	19 038	25 036	23 455
*Bundessteuern	1 000 DM	67 734	84 313	96 778	90 941	86 122	100 424	96 469	97 653	84 353
*Zölle	1 000 DM	7 074	8 419	8 954	8 596	13 036	9 079	7 790	9 452	8 613
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	55 308	70 830	83 542	74 907	69 702	86 657	84 298	80 414	71 383
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 638	2 607	2 804	2 248	2 146	2 766	2 717	2 308
*Landessteuern	1 000 DM	17 226	24 387	29 639	20 690	20 865	23 409	32 235	21 903	21 909
*Vermögensteuer	1 000 DM	2 921	5 607	12 426	1 771	2 432	1 410	13 187	1 282	876
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	8 835	13 205	11 509	12 749	13 982	15 620	13 770	13 762	15 346
*Biersteuer	1 000 DM	721	988	911	992	961	884	780	1 308	1 187
*Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 ⁺	125 325 ⁺	.	121 368 ^{e)}	.	.	.	137 870 ^{e)}	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	68 004 ⁺	74 721 ⁺	.	73 348 ^{e)}	.	.	.	82 861 ^{e)}	.
*Grundsteuer A	1 000 DM	7 240 ⁺	7 232 ⁺	.	6 523 ^{e)}	.	.	.	7 621 ^{e)}	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037 ⁺	21 027 ⁺	.	21 136 ^{e)}	.	.	.	22 488 ^{e)}	.
*Einnahmen des Bundes	1 000 DM	154 810	202 059	180 805	220 106	193 188	212 527	186 386	263 028	219 492

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 13) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar
 14) einschließlich durchlaufender Kredite e) 1. 4. - 30. 6.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
noch: Steuern										
*Einnahmen des Landes	1 000 DM	76 440	140 434	107 576	158 407	118 114	134 536	160 553	155 433	159 438
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214	69 857	39 848	97 319	42 546	45 392	69 197	110 297	59 943
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	-	41 334	38 089	40 397	38 797	48 138	59 122	20 304	60 902
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	4 855	-	-	15 906	17 597	-	-	16 685
*Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110 ⁺	147 429 ⁺	-	140 961 ^e	-	-	-	173 696 ^e	-
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	59 525 ⁺	-	46 191 ^e	-	-	-	71 020 ^e	-
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,3	107,2	107,8	106,7	106,9	110,4	108,9	107,8	106,7
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	104,8	116,6	116,1	116,3	117,0	122,0	121,7	121,8	122,1
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	104,3	104,3	104,5	104,8	105,8	105,1	105,6	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 15)	1962=100	104,0	107,5	106,8	107,4	107,8	112,4	r 112,4	112,7	113,0
landwirtschaftlicher Produkte 15)	1961/63=100	114,1 ^f	106,2 ^g	103,7	103,4	105,3	p 98,4	p 97,6	p 97,8	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	114,6	147,4	147,4	.	.	.	163,6	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 15)										
	1962/63=100	107,7 ^f	105,8 ^g	108,8	108,9	108,8	112,7	r 113,8	114,0	...
Einzelhandelspreise										
Preisindex für die Lebenshaltung 16)	1962=100	104,6	112,5	112,3	112,6	112,6	117,5	117,8	118,2	118,5
darunter										
Nahrungs- und Genussmittel		109,0	117,4	118,0	118,8	118,4	122,0	122,7	123,6	124,5
Kleidung, Schuhe		107,1	118,0	117,3	117,5	117,7	123,9	124,4	124,7	125,0
Wohnungsmieten		118,5	168,5	167,5	167,8	168,4	176,9	177,4	178,3	179,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		106,1	124,4	121,7	123,2	123,7	129,4	128,8	129,2	129,9
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		106,2	114,1	113,2	114,0	114,2	119,2	119,8	120,7	121,1
Löhne und Gehälter 17)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	211	297	.	.	300	320
darunter Facharbeiter	DM	224	318	.	.	322	342
*weibliche Arbeiter	DM	125	178	.	.	182	193
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	4,58	6,55	.	.	6,59	7,21
darunter Facharbeiter	DM	4,88	6,98	.	.	7,00	7,68
*weibliche Arbeiter	DM	3,00	4,32	.	.	4,40	4,70
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,3	.	.	45,6	44,3
*weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,2	.	.	41,4	40,9
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,3	.	.	38,7	38,9
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,8	.	.	32,1	35,2
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 020	1 453	.	.	1 446	1 615
*weiblich	DM	666	946	.	.	952	1 050
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 148	1 579	.	.	1 586	1 738
*weiblich	DM	687	966	.	.	970	1 050
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	897	1 270	.	.	1 281	1 406
*weiblich	DM	557	795	.	.	799	885
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 019	1 437	.	.	1 452	1 603
weiblich	DM	.	(911)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	934	1 329	.	.	1 334	1 473
*weiblich	DM	588	839	.	.	843	933
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 138	1 572	.	.	1 579	1 730
*weiblich	DM	687	965	.	.	967	1 048

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+ = Vierteljahresdurchschnitt

15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962

17) Effektivverdienste

e) 1. 4. - 30. 6.

f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli-Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung ¹⁾						Im Erwerbsleben tätige Personen ²⁾				
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280
1968	2 515	7,9	17,4	12,8	12	17	979	118	375	208	278
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 567	7,2	13,7	12,8	2	24	1 003	115	386	215	286

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 15. 10.			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt			Netto- inlands- produkt in Mill. DM	
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zugs- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen				
								in 1 000	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %		DM je Ein- wohner
1966	231 ^a	41 ^a	37 ^a	26	45	23	7
1967	221	44	43	22	46	23	9
1968	228	46	46	22	45	24	9	p 18 997	.	p 7 554	p 16 290	.
1969	236	49	49	21	45	24	10	p 20 921 ^b	p 10,1 ^b	p 8 221 ^b	p 17 253 ^b	.
1970	p 249	p 51	p 50	p 22	p 45	p 24	p 10	23 228 ^b	11,0 ^b	9 049 ^b	17 800 ^b	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁴⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe									
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521
1967	1 395	513	1 752	5 035	418	2 506	2 139	4 188	1 407	515	533
1968	1 410	519	1 668	4 825	417	2 641	2 183	4 256	1 608	396	535
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	496	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565

Jahr	Industrie ⁵⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾		Energieverbrauch				Produk- tions- index 8) 1962=100
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 7)	Heizöl			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t		ins- gesamt	schwer		
								1 000 t				
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	576	937	787	123	68
1967	171	132	253	1 230	524	9 850	1 289	507	952	791	127	62
1968	175	134	264	1 344	583	10 418	1 549	482	968	780	140	63
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	162	64

1) 1970: vorläufiges Ergebnis; berechnet nach dem Bevölkerungsstand vom 26. 5. 1970

2) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebetlichen Versandes, ohne übergebetlichen Empfang

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und seit 1968 ohne Umsatzsteuer

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) arbeitstäglich

9) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) am 2. 5.

b) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 26. April 1970 ¹⁾		Industrie ²⁾			
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vormonat in %	Betriebe am 30.6.1971	Beschäftigte am 30. Juni 1971		Umsatz ³⁾ im Juni 1971 in Mill. DM
				Anzahl	je 1 000 Einwohner	
FLENSBURG	96 754	- 0,0	73	8 422	87	66
KIEL	276 038	- 0,0	145	32 230	117	109
LÜBECK	242 636	- 0,0	146	32 025	132	180
NEUMÜNSTER	84 656	+ 0,1	68	10 908	129	35
Dithmarschen	135 448	- 0,1	58	5 787	43	76
Flensburg-Land	74 871	+ 0,1	33	994	13	9
Hzgt. Lauenburg	144 588	+ 0,0	95	9 248	63	46
Nordfriesland	164 657	+ 0,4	45	2 526	15	32
Ostholstein	187 798	+ 0,4	74	5 669	30	34
Pinneberg	248 355	+ 0,3	224	24 757	98	162
Plön	108 774	- 0,0	51	2 750	25	19
Rendsburg-Eckernförde	228 488	+ 0,1	125	11 897	52	60
Schleswig	101 469	+ 0,1	38	3 459	34	52
Segeberg	169 837	+ 0,4	174	13 594	77	99
Steinburg	135 931	- 0,1	91	10 799	79	75
Stormarn	163 727	+ 0,1	117	14 700	88	161
Schleswig-Holstein	2 564 027	+ 0,1	1 557	189 765	73	1 215

KREISFREIE STADT Kreis	Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 1971 (vorläufige Zahlen)			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1971		
	Unfälle	Getötete ⁴⁾	Verletzte	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	41	-	59	23 409	21 146	...
KIEL	143	6	190	68 020	61 394	...
LÜBECK	150	3	194	56 945	50 603	...
NEUMÜNSTER	47	1	56	21 833	19 327	...
Dithmarschen	99	8	128	40 739	30 926	...
Flensburg-Land	53	5	88	25 618	19 351	...
Hzgt. Lauenburg	102	8	142	41 044	33 588	...
Nordfriesland	145	12	191	49 923	38 551	...
Ostholstein	179	11	260	50 983	41 055	...
Pinneberg	128	6	167	67 675	58 397	...
Plön	92	6	152	34 447	27 324	...
Rendsburg-Eckernförde	172	9	253	66 249	52 177	...
Schleswig	57	12	75	30 870	23 625	...
Segeberg	114	9	159	56 779	46 243	...
Steinburg	79	5	98	38 496	30 362	...
Stormarn	111	3	156	47 834	40 745	...
Schleswig-Holstein	1 712	104	2 368	720 864	594 814	...

1) Neue Kreiszahlen können z. Z. nicht veröffentlicht werden, da die Ergebnisse der Volkszählung 1970 noch nicht vorliegen

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

4) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 102 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 26. Mai 1970			Offene Stellen am 30. 6. 1971 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31. 3. 1971 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Juni 1971			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 3. 1971	Rindvieh am 3. 12. 1970	
		VZ 1961	30. 6. 1969							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 567	+ 11	+ 0,2	25	28	215	...	14,5	1 704	1 407	496
Hamburg	1 812	- 1	- 0,1	29	59	2	...	12,5	19	18	5
Niedersachsen	7 125	+ 7	+ 0,2	69	123	448	...	14,8	5 872	2 778	1 025
Bremen	757	+ 7	+ 0,3	11	15	2	...	14,1	11	18	5
Nordrhein-Westfalen	17 207	+ 8	+ 0,2	212	584	286	...	13,1	4 286	1 901	735
Hessen	5 461	+ 13	+ 0,4	69	238	129	...	12,2	1 465	924	354
Rheinland-Pfalz	3 684	+ 8	+ 0,2	32	66	87	...	10,9	825	726	268
Baden-Württemberg	8 996	+ 16	+ 0,4	123	514	210	...	9,4	2 156	1 855	747
Bayern	10 644	+ 12	+ 0,4	125	325	589	...	10,2	4 489	4 323	1 929
Saarland	1 127	+ 5	-	8	24	10	...	11,9	75	74	29
Berlin (West)	2 130	- 3	- 0,0	25	69	0	...	14,6	.	2	1
Bundesgebiet	61 508	+ 9	+ 0,3	728	2 043	1 979	...	11,9	20 901	14 026	5 593

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im April 1971			
	Beschäftigte am 31. Mai 1971		Umsatz ²⁾ im Mai 1971		Produktionsindex ³⁾ 1962=100 im Mai 1971	Beschäftigte am 30. April 1971		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	190	74	1 067	12	183	62	24	2 303	9,0	810	3,2
Hamburg	207	114	1 563	15	132	46	25	818	4,5	511	2,8
Niedersachsen	804	113	4 562	24	153	183	26	6 987	9,8	2 537	3,6
Bremen	102	134	766	21	...	23	30	462	6,1	218	2,9
Nordrhein-Westfalen	2 677	156	14 959	20	154	389	23	13 713	8,0	6 257	3,6
Hessen	749	137	3 666	22	170	142	26	4 764	8,7	1 653	3,0
Rheinland-Pfalz	405	110	2 447	21	232	90	24	3 478	9,4	659	1,8
Baden-Württemberg	1 587	176	7 711	20	178	241	27	10 052	11,2	3 037	3,4
Bayern	1 381	130	6 537	19	174	298	28	14 883	14,0	4 198	3,9
Saarland	169	150	763	32	161	23	21	613	5,4	180	1,6
Berlin (West)	256	120	1 231	9	152	46	22	953	4,5	1 436	6,7
Bundesgebiet	8 527	139	45 273	20	168	1 544	25	59 026	9,6	21 496	3,5

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Januar 1971			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Mai 1971				Bestand an Sparanlagen ⁷⁾ am 30. 4. 1971 in DM je Einwohner	Steueraufkommen im 1. Vierteljahr 1971					
	insgesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁸⁾	Bundes- ⁸⁾	Gemeinde-			
		Anzahl	je 1 000 Einwohner									steuern in DM je Einwohner		
		in 1 000												
Schleswig-Holstein	721	595	...	1 597	80	2 213	144	2 324	190	247	...			
Hamburg	490	443	...	1 130	32	1 487	134	4 407	335	1 476	...			
Niedersachsen	2 024	1 653	...	4 083	255	5 866	150	2 877	189	215	...			
Bremen	192	171	...	410	8	507	126	3 289	259	897	...			
Nordrhein-Westfalen	4 429	3 883	...	9 274	304	12 808	141	3 330	225	345	...			
Hessen	1 621	1 371	...	3 299	132	4 790	149	3 636	226	334	...			
Rheinland-Pfalz	1 062	852	...	2 186	111	3 204	152	2 948	187	242	...			
Baden-Württemberg	2 660	2 199	...	4 480	225	6 630	153	3 479	235	354	...			
Bayern	3 225	2 510	...	5 955	350	8 538	149	3 461	198	259	...			
Saarland	278	241	...	632	17	936	151	2 723	189	239	...			
Berlin (West)	475	429	...	1 363	24	1 747	130	2 671	172	472	...			
Bundesgebiet	17 243 ^a	14 376 ^a	...	34 409	1 538	48 726	146	3 282	215	348	...			

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
 3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt
 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
 5) einschließlich Kombinationskraftwagen
 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
 7) ohne Postspareinlagen
 8) Gemeinschaftsteuern jeweils anteilig enthalten
 a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 66 261 Kfz und 28 529 Pkw

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Ausländer 1970	1/15
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 1)	7/118
Geburtenrückgang	4/71
Urlaub in Schleswig-Holstein	3/51
Gesundheitswesen	
Unfälle mit Todesfolge	3/53
Unterricht, Bildung und Kultur	
Abiturienten	8/139
Soziale Herkunft der Schüler	5/108
Wahlen	
Landtagswahl 1971	5/98
Landtagswahl 1971 regional	7/121
Wahlverhalten 1971	8/143
Erwerbstätigkeit	
Erwerbstätige 1970	1/10
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Anbau und Ernteaussichten	8/159
Betriebsgrößen Landwirtschaft	2/26
Getreide- und Ölfruchternte 1970	2/28
Handelsdünger	3/56
Viehwirtschaft	8/156
Industrie und Handwerk	
Industrie 1970	2/43
Investitionen Handwerk 1967	3/60
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohngeld 1969 und 1970	2/39
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen	2/33
Wohnverhältnisse und Alter	7/131
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr (Teil 1).	7/124
Verkehr	
Binnenschifffahrt 1968	4/86
Nord-Ostsee-Kanal	4/82
Sicherheit der Bundesstraßen	5/96

Geld und Kredit, Versicherungen

Boden- und Kommunalkredite 8/152

Öffentliche Sozialleistungen

Alten- und Pflegeheime 8/146

Öffentliche Finanzen

Gemeindefinanzreform 1970 3/64

Gewerbesteuer 1966 (Teil 1) 1/2

Lohnsteuer 1968 4/73

Vermögensmillionäre 1969 4/91

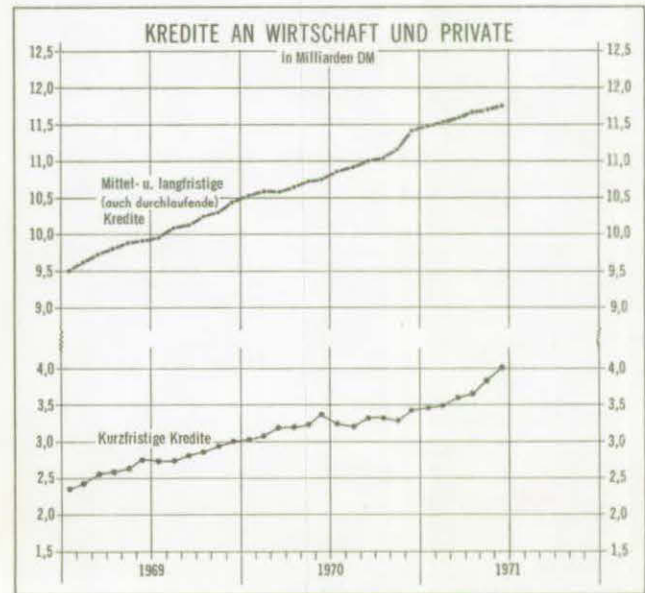
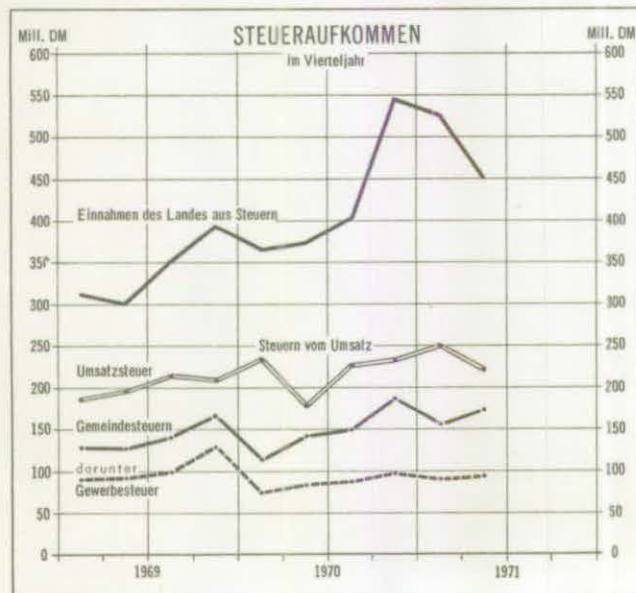
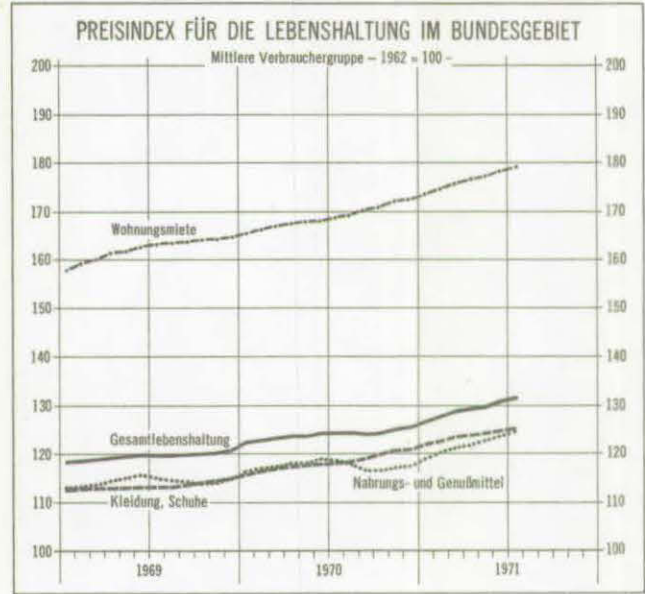
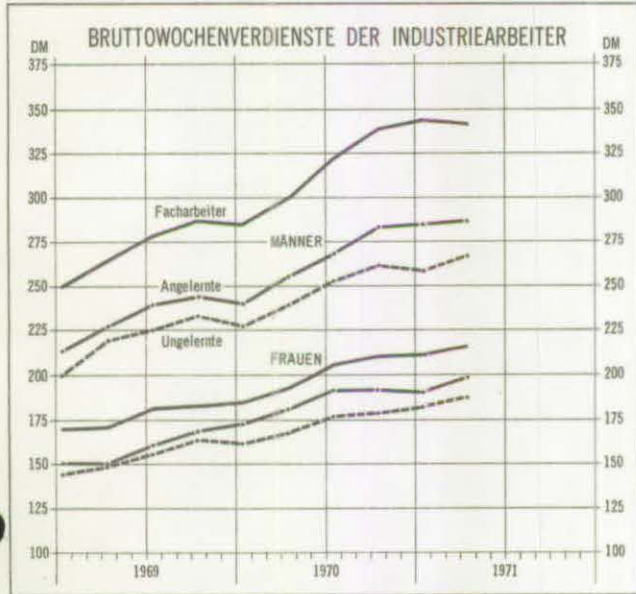
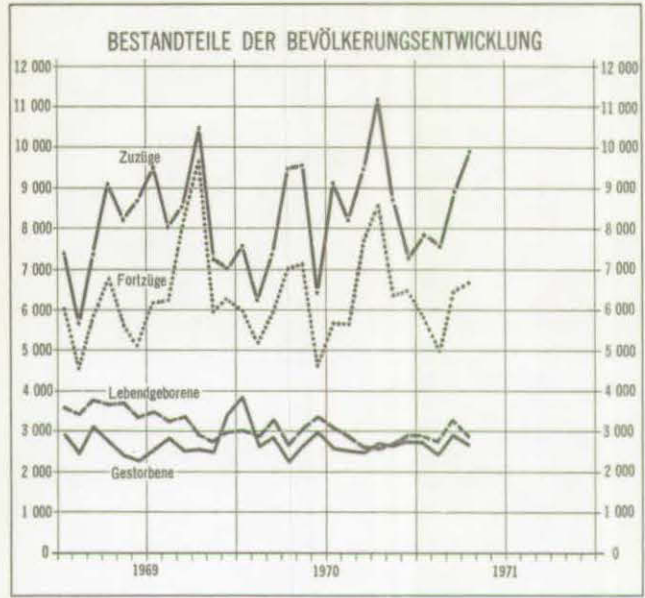
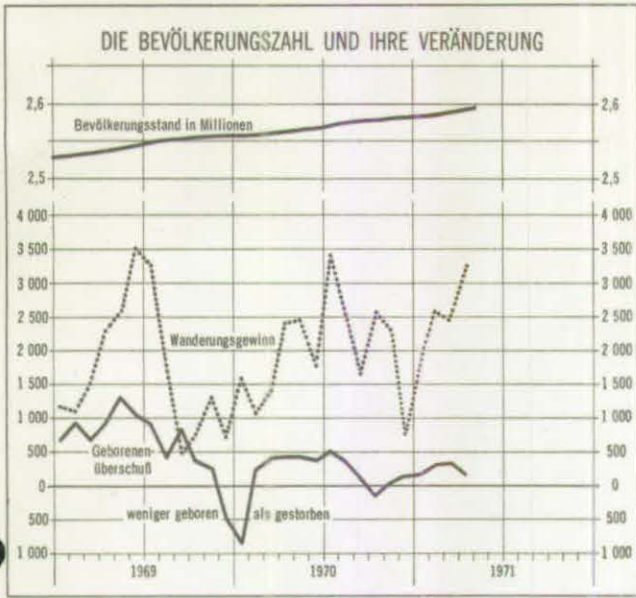
Versorgungsempfänger 2/46

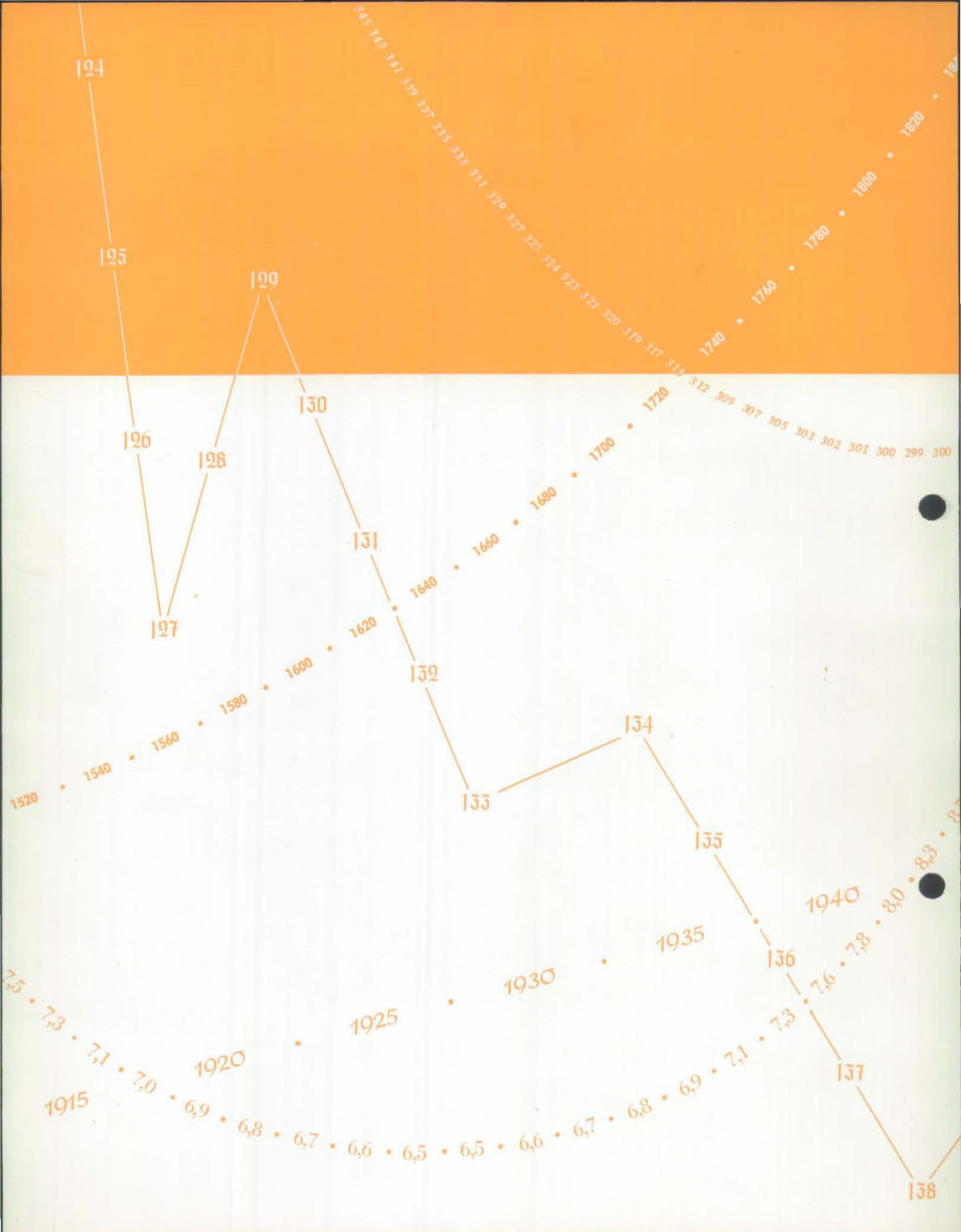
Preise

Baulandumsatz 1962—1969 1/17

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genussmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen